Nebraer Anzeiger

Erscheint
Mittwoch und Sonnabend.
Abonnementspreis
vierteljährlich 1,05 Mk. pränumerando, durch die Post oder andere Boten 1,20 Mk., durch die Briefträger frei ins Haus 1,45 Mk.

für Stadt und Umgegend.

Gratisbeilagen:
Wöchentlich ein illustriertes Sonntagsblatt und vierzehntägig eine landwirtschaftliche Beilage.

Insertionspreis
für die einspaltige Korpuszeile oder deren Raum 15 Pfg., bei Privatanzeigen 10 Pfg.
Reklamen pro Zeile 15 Pfg.
Inserate
werden bis Dienstag und Freitag 10 Uhr angenommen.

Amtliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Nebra a. U.

Nr. 93. | Nebra, Mittwoch, den 18. November 1908. | 21. Jahrgang.

Die Kanzlerkrise.

Verschiedene Blätter haben gemeldet, der Reichskanzler hätte erneut sein Abschiedsgesuch eingereicht. Nach einer halbamtlichen Erklärung trifft diese Meldung nicht zu. Der Kanzler hätte übrigens jetzt auch keinen Grund, sein Entlassungsgesuch zu erneuern, da der Kaiser nicht zu erkennen gegeben hat, daß er mit den Ausführungen des Fürsten Bülow im Reichstage nicht einverstanden sei.

Anderseits haben die Sitzungen des preußischen Staatsministeriums sowohl wie des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten dem Reichskanzler die Gewißheit verschafft, daß diese Körperschaften seiner Rede und seinem Vorgehen rückhaltlos zustimmen. Fürst v. Bülow hat vom Kaiser die Erlaubnis erbeten und bekommen, nicht in Donaueschingen, sondern in Kiel dem Monarchen Vortrag zu halten, wo er zur Truppenvereidigung in diesen Tagen weilt.

Die 4½stündige Aussprache im diplomatischen Ausschuß des Bundesrats betraf u. a. auch die innere Politik und insbesondere die kritische Lage, die durch die Veröffentlichung im ‚Daily Telegraph‘ hervorgerufen worden ist. Die Aussprache war die denkbar gründlichste, sie ergab eine vollständige Übereinstimmung aller Mitglieder mit den von dem Reichskanzler entwickelten Grundsätzen für die Weiterführung der äußern und auch der innern Politik.

Die Bedeutung dieser Tatsache wird noch erhöht durch den Umstand, daß es die leitenden Minister der fünf größten Bundesstaaten nächst Preußen waren, die sich mit der Haltung des Reichskanzlers einverstanden erklärten. Insbesondere äußerte sich der bayrische Ministerpräsident v. Podewils über den Verlauf und das Ergebnis der Sitzung außerordentlich befriedigt.

Besprochen wurde in der Sitzung zunächst die Reichsfinanzreform. Dann erstattete Fürst v. Bülow Bericht über die Entwickelung der Casablanca-Affäre. Es wurde mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß sie auf dem Wege ist, gütlich beigelegt zu werden. Ferner wurde über die durch das Kaiser-Gespräch geschaffene Lage und die neue Stellung im Reichstage gesprochen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Im Anschluß an die zweitägige Debatte sind jetzt dem Reichstage zwei Anträge zugegangen, in denen die Vorlage eines Gesetzes gefordert wird, das die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers neu regelt. Der Antrag des Zentrums enthält die Forderung: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und der Stellvertreter des Reichskanzlers, sowie das für Geltendmachung dieser Verantwortlichkeit einzuhaltende Verfahren regelt.“

Die Sozialdemokraten haben einen solchen Entwurf schon ausgearbeitet und dem Reichstage zur Annahme vorgelegt.

Danach soll der Kanzler die Verantwortlichkeit für alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers tragen. Der Reichskanzler ist zu entlassen, wenn der Reichstag es fordert. Wenn der Kanzler fahrlässig seine Amtspflichten verletzt, soll der Reichstag gegen ihn Anklage erheben dürfen. Diese Anklage wird vor einem Staatsgerichtshof verhandelt, deren Mitglieder der Reichstag ernennt, die Hälfte der 24 Mitglieder kann der Kanzler ablehnen. Wird der Kanzler verurteilt, so geht er seines Amtes verlustig, Begnadigung tritt nur ein, wenn der Reichstag sie beantragt, schließlich muß der Kanzler noch schadenersatzpflichtig sein.

Aus dem Reichstage.

Im Reichstag stand am Freitag die vom Zentrum und den Sozialdemokraten eingebrachten Interpellationen über die Arbeitslosigkeit auf der Tagesordnung. Abg. Pieper wies bei Begründung der Zentrums-Interpellation auf die zunehmende Arbeitslosigkeit hin und verlangte vom Staat und von den Kommunen, Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Redner wies eine jährliche Arbeitslosenzählung und für einen weiteren Ausbau des Arbeitsnachweises ein. — Abg. Molkenbuhr (soz.) forderte eine Reichs-Arbeitslosenversicherung und meinte, schon die Einführung des Neunstundentages würde vorläufig genügen, um den Arbeitslosen zu helfen. Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg beantwortete die Interpellation und führte aus, daß eine Arbeitskrisis zwar bestehe, daß sie aber bei uns nicht so schlimm sei wie in andern Ländern. Auch sei in manchen Gewerben bereits Aussicht auf eine Besserung der Lage vorhanden. Die Regierung habe schon, bevor der Reichstag die Anregung dazu gegeben, mit den Maßnahmen beschäftigt, um den Folgen der Krisis entgegenzuwirken. In Übereinstimmung mit dem Staatssekretär wiesen in der folgenden Besprechung alle Redner den Gedanken der staatlichen Arbeitslosenversicherung als überhaupt oder wenigstens zurzeit undurchführbar ab.

Am 14. d. wird die Besprechung der Interpellationen des Zentrums und der Sozialdemokraten betr. die Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit fortgesetzt.

Abg. Böhm (wirtsch. Vgg.) führt aus, die Preise der landwirtschaftlichen Produkte seien bei uns niedriger geworden, obgleich die Löhne gestiegen sind. Man könne daher nicht von einer Ungerechtigkeit unserer Wirtschaftspolitik sprechen. Jetzt entziehe die Industrie der Landwirtschaft viele Kräfte. Es müsse daher durch eine staatliche Arbeitsvermittelung ein Ausgleich geschaffen werden. Der Staat sollte nur inländische Arbeiter beschäftigen.

Abg. Brejski (Pole) will der Regierung die Schuld an dem Grubenunglück in Westfalen zuschieben.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg legt entschieden Verwahrung gegen die Vorwürfe des Abg. Brejski ein. Man solle doch mit der Erörterung der Schuldfrage bis zur Besprechung der wegen der Katastrophe eingebrachten Interpellationen warten. Betreffs der vom Vorredner geforderten Reichsarbeitslosenversicherung habe er schon am Freitag erklärt, daß ihm dieselbe nicht durchführbar erscheine.

Abg. Becker-Arnsberg (Zentr.) meint, eine Arbeitslosenzählung sei nötig, schon um den Übertreibungen der Sozialdemokraten entgegenzutreten; sodann aber als Vorbedingung einer Arbeitslosenversicherung, an der das Reich auf die Dauer nicht werde vorübergehen können.

Abg. Hahn (kons.) führt aus: Was Abg. Molkenbuhr gestern sagte, haben wir schon 1902 von ihm gehört. Das ist sehr bequem: das Reich gibt 220 bis 280 Millionen her, und wir schaffen eine Arbeitslosenversicherung! Wissen Sie, was das Volk bei uns zu Hause sagt, Herr Molkenbuhr? „Die Arbeitslosenversicherung ist nur eine Prämie auf die Faulheit!“ Viel nötiger als eine solche Versicherung ist die richtige Verteilung der Arbeiter auf Stadt und Land! Vor zwei Jahren hatten wir Mangel an Arbeitern, und jetzt haben wir Mangel an Arbeitsgelegenheit. Das heißt, nur in der Stadt. Nicht auf dem Lande. Da hat seit Jahren der Mangel an Arbeitern das Herausbringen der Hackfrucht verhindert. Wenn die Landwirtschaft dauernd genügend rentabel wäre, so daß wir dauernd Meliorationsarbeiten beginnen könnten, dann würden wir schon der Meliorationsarbeiten halber auf dem Lande fortgelegt genügende Kräfte haben. Unsrer zielbewußten Wirtschaftspolitik, unsrer Zollpolitik haben wir es zu danken, daß bei uns eine solche Arbeitslosigkeit gar nicht eintreten kann wie in andern Ländern.

Abg. Behrens (christl.-soz.) erklärt, die Arbeitslosenversicherung gehöre am besten in die Hände der Organisationen. Auch die Landwirtschaft werde damit rechnen müssen, daß ihre Arbeiter Organisationen bekommen. Sie werden dann auch zu einem Standesbewußtsein gelangen und werden alsdann viel lieber wieder auf das Land zurückkehren, wenn sie es einmal vorübergehend verlassen haben.

Abg. Gothein (fr. Vgg.) bemerkt, die Arbeitslosigkeit in England habe mit dem engsten Freihandelssystem nichts zu tun. Schuld daran sei, daß der Schiffbau in England jetzt völlig stocke. Die Junker sind an der Landflucht schuld, weil sie die kleinen Bauern entrechtet und gehetzt haben. Eine Verstaatlichung des Kohlenbergbaues hätte keinen Zweck, denn die Verwaltung würde sicherlich die Konjunktur nicht überstehen, wir würden nur zu einer Kohlenknappheit kommen. Die Politik unsrer Großbanken sei durchaus richtig. An den schlechten Verhältnissen sei unsre Schutzzollpolitik schuld. Unsre schlechte auswärtige Politik erschwere uns den Absatz im Ausland ganz bedeutend. Ganz werden wir der Arbeitslosigkeit nie Herr werden. Wir müssen diese traurige Erscheinung aber abschwächen. Natürlich wäre es verkehrt, unrentable Anlagen zu schaffen.

Abg. Sachse (soz.) meint, durch die sogenannten Wohlfahrtskassen wolle man nur die Arbeiter an die Werke fesseln. Das gelte besonders von der Firma Krupp in Essen. Ein Buchersystem würde der Hilfe der Regierung durchgeführt, indem Tausende von Doppelzentnern Getreide nach dem Auslande gebracht werden, um die Ausfuhrprämien einzuheimsen. Im Inlande würden aber dadurch die Preise in die Höhe geschraubt. Redner bespricht die Sicherheitsverhältnisse in den Gruben im Ruhrrevier, die alles zu wünschen übrig ließen. Es sei sehr sonderbar, daß man jetzt schon wieder wisse, daß an dem Unglück auf der Zeche Radbod die Bergleute nicht schuld sei. Der Redner behandelt die Gefahren, denen die Bergarbeiter ausgesetzt sind.

Das Haus vertagt sich.

Der Präsident beraumt die nächste Sitzung auf Donnerstag an. Tagesordnung: Finanzreform und Steuervorlagen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Kaiser Wilhelm hat als Grundstock zu einer allgemeinen Hilfsaktion für die Hinterbliebenen der Opfer von der Zeche Radbod 25 000 Mk. gestiftet. Für den gleichen Zweck stiftete die Kaiserin 1000 Mk.

* Der Oberpräsident Frhr. v. Schorlemer-Lieser hat am 13. d. dem Papst zu dessen goldenem Priesterjubiläum die Glückwünsche Kaiser Wilhelms überbracht.

* Reichskanzler Fürst v. Bülow wird am 19. d. die Reichsfinanz-Vorlage im Reichstage persönlich einbringen.

* Von den Denkschriften zur Finanzreform sind die beiden umfangreichen Teile an den Reichstag gelangt. Der erste umfaßt die Denkschrift über die Finanzen im Deutschen Reiche, in den Einzelstaaten und Gemeinden, während der zweite Teil eine Übersicht der Finanzen der Hauptstaaten Frankreich, England, Italien, Japan, Österreich-Ungarn, Rußland und der Ver. Staaten von Amerika enthält.

* Das Zentrum und die Sozialdemokraten haben im Reichstag einen Antrag auf Schaffung eines Gesetzes eingebracht, das die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers regelt.

* Die Übersicht über die Ergebnisse des Heeres-Ergänzungsgeschäfts für 1907 ist dem Reichstage zugegangen. Geführt wurden in den Listen 1 189 845 Mann, davon wurden 860 ausgeschlossen, 35 802 ausgemustert, dem Landsturm, der Ersatzreserve überwiesen 212 899, ausgehoben 223 035.

* In den letzten Wochen haben zwischen den zuständigen Reichs- und preußischen Behörden Beratungen stattgefunden über Maßregeln, die zur Linderung der Arbeitslosigkeit durchführbar wären, die sich aus der verminderten Arbeitsgelegenheit in einigen Industrien fühlbar gemacht hat. Die Beratungen, bei denen es sich um Ausführung von Arbeiten der Reichs- und preußischen Behörden und um Beteiligung an solchen Arbeiten handelte, sind jetzt zum Abschluß gelangt.

Österreich-Ungarn.

* Demungarischen Abgeordnetenhause legte Ackerbauminister Darányi einen Gesetzentwurf vor, der die Maßregeln zur Verhinderung der Weinfälschung verschärft. Die Tokayer Weingegend wird als geschlossenes Gebiet erklärt, in die Wein nur zu örtlichem Gebrauch eingeführt werden darf, während von dort fremde Weine überhaupt nicht ausgeführt werden dürfen. Die Verwendung von Korinthen zur Verfälschung des Weines wird verboten. Die Strafbestimmungen beziehen sich auch auf gefälschten Wein, der vom Auslande eingeführt wird.

Frankreich.

* Ministerpräsident Clemenceau setzte es durch, indem er die Vertrauensfrage stellte, daß die Kammer einen Antrag ablehnte, der die Streichung aller Geheimfonds im Ministerium des Innern forderte.

* Trotz der Versicherung des Premierministers Asquith, daß die englische Flotte immer um 10 Prozent größer sein werde wie die Flotten zweier andrer Länder zusammengenommen, fehlt es im Lande nicht an Stimmen, die von der Regierung energische Beschleunigung der Rüstungen verlangen. Der in letzter Zeit durch das Kaisergespräch vielgenannte ‚Daily Telegraph‘ weist in einem längeren Artikel darauf hin, daß Englands Flotte bald überflügelt oder mindestens erreicht sein werde, wenn nicht die größten Anstrengungen gemacht werden.

* In Toulon hat die Polizei den Sitz einer Agentur entdeckt, die sich vorzugsweise mit der Unterstützung von Deserteuren befaßte. Die drei Inhaber, die als Anarchisten bekannt sind, wurden verhaftet und sollen unter Anklage gestellt werden.

England.

* Das schwedische Königspaar ist in London eingetroffen und mit großer Feierlichkeit von König Eduard empfangen worden.

* Im Oberhause erklärte der Präsident, ein Ausschuß werde die Frage des Frauenstimmrechts gewissenhaft prüfen und das Ergebnis dem Parlament zur Besprechung vorlegen.

Luxemburg.

* Die luxemburgische Kammer hat wegen der Erkrankung des Großherzogs die Großherzogin Maria Anna zur Regentin von Luxemburg ernannt. Tatsächlich hat die Großherzogin für den regierungsunfähigen Großherzog Wilhelm die Regentschaft bereits seit dem 2. April d. geführt, doch war diese staatsrechtlich bisher nur als vorübergehend betrachtet worden in der Hoffnung, daß der Großherzog wieder gesunden würde.

Rußland.

* Das Antwortschreiben des Zaren auf die Bekanntgabe von der Angliederung Bosniens und der Herzegowina ist in Wien von dem russischen Geschäftsträger dem Ministerium des Auswärtigen übergeben worden. Der Inhalt soll im wesentlichen demnächst bekannt gegeben werden.

Balkanstaaten.

* Die über das Verhalten der kleinen Balkanstaaten einlaufenden Nachrichten stehen in einem gewissen Widerspruch. Einerseits muß als feststehend betrachtet werden, daß sowohl die Türkei wie Serbien, Bulgarien und Montenegro rüsten, und daß eine starke Spannung zwischen der Türkei und diesen Kleinstaaten vorhanden ist, anderseits wollen die Gerüchte nicht verstummen, daß zwischen diesen Staaten ein Bündnis zustande gekommen sei, das sich gegenwärtig nur gegen Österreich-Ungarn richten könnte. Bei dieser Unsicherheit der Lage ist es nicht zu verwundern, wenn auch Österreich seine Streitkräfte mehr und mehr zusammenzieht.

Amerika.

* Der Kriegssekretär der Ver. Staaten, Wright, verlangt nach einer Meldung aus Washington in dem Voranschlag des Kriegsministeriums für 1909 500 000 Dollar zum Ankauf von Flugmaschinen, lenkbaren Ballons oder Drachenfliegern.

Asien.

* Der Kaiser von China ist im Alter von 36 Jahren gestorben. Der neue Kaiser ist Puyi, der Neffe des verstorbenen Kaisers. Die Regentschaft führt vorläufig der Prinz Tschun, ein Bruder des verstorbenen und der Vater des jetzigen Kaisers. Prinz Tschun war der Führer der von China entsandten Sühnemission. Auch die Kaiserin-Witwe soll im Sterben liegen.

* In Teheran, der Hauptstadt Persiens, wird die Stimmung der Bevölkerung immer erregter. Während die Schahpartei wiederholt erklärt hat, sie verzichte auf die Verfassung, verlangt das Volk stürmisch die Einberufung eines Parlaments. Unterstützt von seinen Truppen bietet der Schah aber der drohenden Menge Trotz. Man fürchtet für die nächste Zeit ernste Zusammenstöße, wenn nicht gar den Ausbruch des Bürgerkrieges.

Die Grubenkatastrophe in Westfalen.

Bei dem Grubenbrand, der auf der Radbod-Grube bei Hamm infolge einer Explosion ausgebrochen ist, sind nach den neuesten Feststellungen 360 Bergleute ums Leben gekommen. Fast vermag man es nicht zu glauben, daß bei der Vortrefflichkeit unserer Rettungsmannschaften und Geräte, die sogar vielen in der Grube von Courrieres Verunglückten Rettung gebracht haben, hier gar keine Rettung möglich war. Aber es ist leider so; denn der brennende Schacht ist immauert worden, um das Feuer zu ersticken. Es läßt sich nicht übersehen, wann an die Bergung der Leichen gedacht werden kann.

Vor der Grube aber stehen Männer und Frauen in herzzerreißendem Jammer. Sind die Männer stumpf und stumm, so weinen die Frauen, daß es weithinaus klingt über das Feld. Und wenn sie Platz machen müssen, um einen Wagen durchzulassen, so klingt es drohend: „Warum habt ihr unsre Männer eingeschlossen? Gebt uns unsre Männer heraus!“

Am Nachmittag des 13. traf Prinz Eitel Friedrich auf der Unglücksstelle ein, wo jede Absperrung aufgehoben war. Wahrscheinlich hatte sie dem Ansturm der Leute nicht standgehalten und nun stand am Eingang des sogenannten Kontrollmarkenhauses, in dem der Prinz empfangen worden war, eine tausendköpfige Schar. Die Fenster, das Dach des Automobils, der ganze Weg waren dicht mit Menschen besetzt. „Wir wollen Arbeiterschutz! Zeigt dem Prinzen die Strafzettel, damit er sieht, wie wir behandelt werden! Man hat die Strafzettel zerrissen und hängt Trauerfahnen heraus. Zeigt wenigstens, daß euch das Unglück reut! Wir wollen Hilfe!“ So ertönten die Rufe durcheinander.

Die Rufe wurden immer lauter, und plötzlich hieß es, eine Deputation der Arbeiter wünsche den Prinzen zu sprechen. Der Prinz war sofort dazu bereits. Der Prinz trat ihnen entgegen, reichte jedem einzelnen die Hand und fragte sie nach ihren Namen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219081118-18/fragment/page=0001

Der Führer hielt sodann folgende Ansprache: „Wir bitten Eure Königliche Hoheit, etwas für uns zu tun. Die armen, unglücklichen Leute da draußen, die uns hier hinein gesandt haben, bitten Eure Königliche Hoheit, zu helfen, und zwar, daß Sie erstens ein Reichsberggesetz, zweitens mehr Bergarbeiterschutz und drittens als Hauptsache Arbeiterkontrolleure aus den Reihen der Arbeiter durchsetzen mögen. Dann werden nicht wieder so viel Leute umkommen. Königl Hoheit! Wir sind hier alle gute Kameraden und fühlen miteinander. Vor zwei Monaten habe ich meinen besten Freund hierher kommen lassen, damit wir zusammen seien. Jetzt ist er tot! Wir bitten, dem Kaiser unsre Wünsche unterbreiten zu wollen."

Aufmerksam war der Prinz Eitel-Friedrich der Ansprache gefolgt. Dann drückte er dem vor ihm stehenden Bergmann die Hand und sagte: „Ich werde meinem Vater Ihre Wünsche mitteilen und werde auch nach Möglichkeit Sorge tragen, die Unfälle in den Bergwerken einzuschränken." Dann erkundigte sich der Prinz noch einmal nach den persönlichen Verhältnissen jedes einzelnen der Bergleute und entließ sie alle mit einem Handdruck.

Dieser Empfang, die Worte des Prinzen, hatten den tiefsten Eindruck gemacht. Der Prinz begab sich mit seinem Automobil nach dem katholischen Krankenhaus, wo er eingehend mit den Patienten sprach. Während seiner Anwesenheit stahl einer der Verletzten. Von hier ging es nach dem städtischen Krankenhaus.

Anläßlich der Grubenkatastrophe wurden aus der verstärkten Budgetkommission des Abgeordnetenhauses und aus der Kommission für das Lehrerbesoldungsgesetz Beileidstelegramme an Generaldirektor Janssen in Hamm abgesandt.

Ferner hat der Prinz-Regent von Bayern ein Beileidstelegramm gesandt und für die Hinterbliebenen 3000 Mk. gespendet. — Der Präsident der französischen Republick, Fallieres, hat an Kaiser Wilhelm ein Beileidstelegramm gesandt, das in sehr herzlichen Worten gehalten ist. — In allen Teilen des Reiches hat die fürchterliche Katastrophe das tiefste Mitgefühl erweckt. Allenthalben werden Sammlungen veranstaltet und Spenden gezeichnet. Allen voran hat Berlin 10 000 Mk. gespendet.

Bosnien.

Zu dem Gesetz betr. die Angliederung Bosniens und der Herzegowina gibt die österreichisch-ungarische Regierung folgende Erklärung: „Das bisherige Verhältnis Bosniens und der Herzegowina zur Monarchie beruhte auf dem Artikel 25 des Berliner Vertrages vom 13. Juli 1878, welcher Österreich-Ungarn die Besetzung und Verwaltung der beiden Provinzen übertragen hat, und auf der mit der Türkei abgeschlossenen Konvention vom 21. April 1879, in der sich die beiden Mächte über gewisse Einzelheiten der Durchführung des Artikels 25 verständigt haben.

Österreich-Ungarn hat die Besetzung und Verwaltung nicht als eine vorübergehende Aufgabe übernommen, sondern zu dauernden Rechte übertragen erhalten. Dieses dauernde Besitzrecht ist sowohl in der Natur und dem Wesen der Österreich-Ungarn übertragenen Aufgaben als auch darin begründet, daß weder der Berliner Vertrag noch auch die Konvention irgend eine Befristung oder eine sonstige Beschränkung des Mandats enthalten. Die allgemeine Anerkennung dieses Rechts äußert sich in der ganzen Art, wie sich die Monarchie von Anbeginn an durch ein Menschenalter hindurch in vollem Lichte der Öffentlichkeit und ohne jeden Widerspruch der ihr gewordenen Aufgabe unterzog.

Verwaltung ist Herrschaft, denn Herrschaft kann sich im modernen Staate nicht anders äußern als durch Verwaltung, die ja begreiflich Betätigung aller Staatsgewalt im weitesten Sinne des Wortes ist. Demgemäß hat Österreich-Ungarn von Anfang an nicht nur die volle Gebietshoheit, sondern auch die uneingeschränkte Personalshoheit über alle Angehörigen Bosniens und der Herzegowina ausgeübt. Die jede Verfügung einer fremden Macht ausschließende Gebietshoheit Österreich-Ungarns über die okkupierten Provinzen haben auch die Mächte dadurch anerkannt, daß sie auf die in allen andern Gebieten des osmanischen Reiches zu Recht bestehenden Kapitulationen verzichteten, womit die zur Zeit der fürstlichen Herrschaft bestandene Gerichts- und Polizeigewalt der fremden Konsuln in Bosnien und der Herzegowina beseitigt und die sich in diesen Ländern aufhaltenden Angehörigen der fremden Staaten unter die ausschließliche Gerichts- und Polizeihoheit Österreich-Ungarns gestellt wurden. Die volle Personalhoheit Österreich-Ungarns hingegen gelangte aber dadurch zum schärfsten Ausdruck, daß sogar der Konsularschutz und die Konsularjurisdiktion über die im osmanischen Reiche selbst sich aufhaltenden Angehörigen Bosniens und der Herzegowina nur durch die gemeinsamen Organe der Monarchie geübt wurden.

Dieses Verhältnis sowie insbesondere die Tatsache, daß Österreich-Ungarn allein die völkerrechtliche Vertretung Bosniens und der Herzegowina nicht nur gegenüber dritten Staaten, sondern auch gegenüber der Türkei selbst führte, ist mit dem etwaigen Fortbestande der Souveränität der Türkei über beide Länder schlechthin unvereinbar. Es ist eine staatsrechtliche und völkerrechtliche Unmöglichkeit, daß ein Staat noch als Beherrscher von Gebieten und Personen betrachtet werden könne, die ihm gegenüber durch einen dritten Staat vertreten und in Schutz genommen werden.

Indem Österreich-Ungarn alle obrigkeitlichen Machtbefugnisse in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung, sowie alle Gewalt auf dem Gebiete der Polizei-, Finanz- und insbesondere auch der Militär- und der internationalen Hoheit in seiner Hand vereinigte, übte es alle Attribute einer vollen, alleinigen, alle Lebensverhältnisse umfassenden, ausschließlichen Herrschaft und hiermit auch die volle Souveränität über Bosnien und die Herzegowina aus. In der Tatsache, daß Österreich-Ungarn ohne jeden Widerspruch durch mehr als drei Dezennien über Bosnien und die Herzegowina eine Herrschaft üben konnte, die so vollständig war, daß sie einer Steigerung oder Vermehrung nicht mehr fähig ist, liegt zugleich der stärkste Beweis dafür, daß es auch in der Absicht der Mächte lag, mit dem unbeschränkten und unbefristeten Mandat an Österreich-Ungarn eine dauernde und feste Verbindung Bosniens und der Herzegowina mit der Monarchie anzubahnen."

Von Nah und fern.

Die Genickstarre. In Erlach bei Bamberg ist in der Familie des Beigeordneten Grimm ein tödlicher Fall von Genickstarre vorgekommen.

Das Erschrecken der Kinder hat in Landshut schlimme Folgen gehabt. Dort wurde ein spielendes 3 jähriges Kind von einem Schulmädchen mit den Worten erschreckt: „Der schwarze Mann kommt und nimmt dich mit!" Das Kind erschrak über den vorbeigehenden Kaminkehrer derart, daß es in Starrkrampf verfiel und nach wenigen Stunden starb.

Einen furchtbaren Tod fand ein Arbeiter aus Kattowitz, der sich auf die Schlackenhalde der Mathilde-Grube (Regierungsbezirk Oppeln) gelegt hatte, um sich etwas zu erwärmen. Die Kohlendünste machten den Mann bald bewußtlos, und heiße Koksreste setzten seine Kleider in Brand. Als mehrere Arbeiter ihn fanden, war eine Rettung bereits ausgeschlossen. Der Unglückliche starb unter gräßlichen Schmerzen.

Von einem Hirsche angefallen. Ein etwa 60 Jahre alter Bahnwärter wurde auf dem Nachhausewege in den fürstlichen Forsten bei Slawentzitz (Regierungsbezirk Oppeln) von einem Hirsch angefallen und derart zugerichtet, daß er schwerverletzt liegen blieb. Auf dem Transport zum Krankenhause starb der Unglückliche jedoch.

× Eine aufregende Szene im Eisenbahnzuge ereignete sich dieser Tage auf der Strecke Kolmar—Freiburg i. B. In einem Abteil 3. Klasse befand sich ein von zwei Posten des Infanterieregiments Nr. 171 (Kolmar) bewachter Sträfling. Dieser begab sich kurz vor Freiburg in den Aborteitraum, ein Posten stellte sich mit aufgepflanztem Bajonett vor die halbgeöffnete Tür, um jeden Fluchtversuch unmöglich zu machen. Plötzlich riß der Sträfling die Tür vollends auf und sprang aus dem in voller Fahrt befindlichen Zuge heraus. Der Posten, ihn noch im letzten Augenblick an der Hand packend, stürzte ihm sofort nach. Darauf wurde die Notbremse gezogen. Der Zug hielt auf offener Strecke und der andere Posten eilte seinem Kameraden zu Hilfe. Dieser hatte inzwischen den Flüchtling schon gefaßt und brachte ihn wieder zum Zuge, worauf die Fahrt fortgesetzt wurde.

Am Ofen verbrannt. In Hobelsbach in Niederbayern ist ein altersschwacher, am Ofen sitzender Bauer, dessen Kleider Feuer fingen, lebendig verbrannt, ehe seine Frau wieder in die Stube kam.

Auch eine Köpenickiade. In Niederbayern und der Oberpfalz treibt sich ein noch nicht ermittelter Herr herum, der sich den Bauern als königlicher Unfall-Inspektor vorstellt und ihnen nach Besichtigung ihrer landwirtschaftlichen Maschinen gegen sofortige Quittung Strafgelder von 8—9 Mk. wegen Nichtbeachtung von Unfall-Verhütungsvorschriften abnimmt und dann rasch wieder verschwindet.

 # Der „Sturz in den Abgrund". Ein Fall unerhörter Grausamkeit gegen ein Tier, der schon vordem die Öffentlichkeit in Frankreich erregt hatte, hat jetzt vor dem Polizeigericht in Lorient seinen Abschluß gefunden. Es handelt sich um eine Anklage gegen eine Kinematographengesellschaft, die sich eine Spezialität daraus macht, allerlei aufregende und nervenspannende Szenen zu arrangieren, die dann aufgenommen werden und als Kinematographenbilder dem Sensationsbedürfnis des Publikums dienen. Im vergangenen Jahre beabsichtigte man die Aufnahme eines in einen tiefen Abgrund stürzenden Pferdes zu machen; die Gesellschaft kaufte ein Tier, das eingespannt wurde und nun mit roher Gewalt an einen mehr als hundert Meter hohen Abhang getrieben werden sollte, an dem der Photograph bereits bereit stand, um den Todessturz des Tieres auf die Platte zu bannen. Die Gesellschaft begann ihre Versuche in Graix in der Bretagne, allein die Empörung der Bevölkerung schlug so hohe Wogen, daß man schließlich genötigt war, die Experimente einzustellen. Die Kinematographengesellschaft verlegte den Schauplatz ihrer Tätigkeit nunmehr nach Cour-gan, und hier gelang es, das grausame Schauspiel bis zu Ende durchzuführen. Das Pferd wurde eingespannt, dann furchtbar mißhandelt und schließlich freigelassen, so daß das von Angst und Entsetzen halb wahnsinnige Tier blindlings davonraste und mitsamt dem Wagen in den Abgrund stürzte, wo es mit zerschmetterten Gliedmaßen tot liegen blieb. Da die Kinematographen-Unternehmer inzwischen nach Afrika gereist waren, um neue Sensationsszenen für ihre Platten zu suchen oder zu konstruieren, konnten die Gerichte den Fall erst jetzt zur Entscheidung bringen. Die Gesetze Frankreichs boten jedoch keine genügende Handhabe, um solche grausigen Produktionen für die Zukunft zu verbieten, und die Gesellschaft kam mit der Höchststrafe von 15 Frank und den Kosten sehr glimpflich davon.

CCz **Ein 13 jähriger Weltbummler.** Die Polizeibehörde zu Cambrai erhielt vor 6 Wochen die Anzeige, daß sich der 13 jährige Marcel Bandeberghe unter Mitnahme einer kleinen Summe aus der elterlichen Wohnung entfernt habe und seitdem verschollen sei. Trotzdem die Behörde eifrig auf der Suche nach dem Verlorenen war, gelang es nicht, desselben habhaft zu werden, aus welchem Grunde man annahm, daß ihm ein Unglück zugestoßen sei. Das Kind wurde schließlich als tot gedacht. Dieser Tage nun bemerkte ein Kriminalbeamter bei einem Zirkusbesuch, daß sich unter der Truppe ein Kind befand, das zum mindesten sehr große Ähnlichkeit mit dem Vermißten hatte. Er forschte den Kleinen aus, doch dieser erklärte, daß sein Vater und seine Mutter längst verstorben seien, und daß er den Namen Bandeberghe überhaupt nicht kenne. Schon wollte der Polizist sich bei dieser Auskunft beruhigen, als er ein Muttermal bemerkte, das im Signalement vermerkt war. Er nahm nunmehr den Ausreißer gehörig ins Verhör, worauf dieser denn auch bekannte, daß er der Gesuchte sei. Er habe seit Wochen das Leben eines Landstreichers geführt, am Tage sei er betteln gegangen, um nachts in Scheunen und Böden Unterkunft zu finden. Des Wanderns müde, habe er schließlich eine Zirkustruppe gefunden, der er sich angeschlossen habe. Sein Pech habe es nun gewollt, daß die Truppe gerade nach seiner Vaterstadt zog, doch hoffte er hier unerkannt zu bleiben. Nach Hause zurückzukehren, verspüre er nicht die geringste Lust. Der jugendliche Ausreißer wurde noch am selben Tage seinen Eltern zugeführt und wieder in das Register der Lebenden eingereiht.

 # Meisterwerke aus Zucker. In London ist eine große Kochkunst-Ausstellung eröffnet worden, in der sich besonders die Zuckerbäcker als wahre Künstler erweisen haben. Nichts ist diesen Michelangelos in der weißen Schürze zu schwer. So sind eine Reihe Hochzeitskuchen ausgestellt, die idyllische Landschaften und Waldszenen darstellen. Aus Teig und Zucker sind lauschige Lauben, blühende Alleen und Bäume mit weit überhängenden Zweigen gestaltet. Kleine Werkchen ahmen in täuschender Ähnlichkeit Hyazinthentöpfe und andre Blumen nach. Den Höhepunkt bedeutet aber eine aus Zuckerguß hergestellte Gruppe, durch die mit kühner Phantasie der „Triumph der Suffragettes im Jahre 2000" dargestellt wird.

Erdbeben in Belgien. An verschiedenen Orten der Provinz Lüttich wurde am 13. d. ein drei bis vier Sekunden andauernder, von dumpfem Geräusch begleiteter Erdstoß verspürt. In Spaa wurden Gegenstände von Möbeln und Gestellen herabgeworfen. Die Bevölkerung ist stark erregt.

CCz **Russisches Kinderelend.** Die „Gesellschaft zur Beschützung der Kinder vor harter Behandlung" in Petersburg hat es nach jahrelangen Mühen durchgesetzt, daß die Behörden dem immer größeren Kinderelend ihr Augenmerk schenken. So wird von Zeit zu Zeit in der russischen Hauptstadt eine Razzia unternommen, die speziell verwahrlosten Kindern gilt. Die letzte dieser Streifen brachte ein geradezu erschreckendes Resultat. Aus Familien mußten 612 Kinder weggeführt werden, weil sie, da die Eltern fast den ganzen Tag über ihrer Beschäftigung nachgingen, total verwahrlost waren. In 32 Fällen fand man Kinder, die ihre Eltern gar nicht kannten und die bei fremden Leuten, von denen sie aufgegriffen worden waren, Dienste verrichteten. Über 100 Kinder wurden auf den Straßen und Plätzen wohnungslos aufgelesen. Unter der Tuschkowbrücke fand man eine Gesellschaft von 6 Kindern, die sich aus alten Decken und gefallenem Laub ein Lager errichtet hatten und seit Tagen dortselbst lebten. Ihren Unterhalt verdienten sich die im Alter von 10—12 Jahren stehenden Kleinen durch Betteln und durch Botengänge.

Das älteste Theater in Brooklyn abgebrannt. Brooklynns der Schwesterstadt New Yorks ältestes Schauspielhaus, das Parktheater, wurde wenige Minuten nach Beendigung einer Mittagsvorstellung vollständig eingeäschert. Die Zuschauer konnten rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden, doch sind bei den Löscharbeiten zahlreiche Feuerwehrleute verletzt worden.

Gerichtshalle.

Köln. Ein 16 jähriger Laufbursche, der, angeregt durch das Lesen schlechter Romane, einen neunjährigen Schulknaben im Stadtwalde durch eine Schlinge erdrosselt hatte, wurde vom Schwurgericht wegen Mordes zu zwölf Jahr Gefängnis verurteilt. Der jugendliche Mörder zeigte keine Spur von Reue.

Lübeck. Der frühere Patentagent Zivilingenieur H. wurde wegen umfangreicher Betrügereien und Patentschwindeleien zu ein Jahr Gefängnis verurteilt.

Ein Irrtum des Herzens.

17] Originalroman von Franz Stitler.

(Fortsetzung.)

II.

Olgas kräftige Natur überwand bald die Ohnmacht, die die tiefe Erschütterung über die Mitteilungen des Hauptmanns hervorgerufen hatte, sie wies fast jede Hilfe und jede Begleitung ab, wankte in ihr Schlafzimmer und sperrte das Schloß hinter sich ab.

Vergeblich baten Steinau und Graf Dornegg, sie einzulassen. Olga rief ihnen zu, sie mögen sich beruhigen, es fehle ihr nicht das geringste, sie habe nur Kopfschmerz und dagegen helfe nur vollständige Ruhe.

Den Kopf in beide Hände gestützt, saß sie nun grübelnd da und sann nach, was sie nach diesen Enthüllungen über die ihr von Robert West gebrachten Opfer zu tun habe.

Genugtuung war sie dem Manne schuldig, der so viel für sie gewagt und verloren, und den sie so schwer gekränkt hatte, darüber gab es für sie keinen Zweifel, aber vor der einzig möglichen Art dieser Genugtuung schreckte sie zurück, und es gehörte die ganze Kraft dieses mutigen Mädchenherzens dazu, um das durchzuführen, was ihr das Gewissen als gerechtfertigt und notwendig darstellte.

Sie mußte sich, so schwer es ihr wurde, von dem Manne wenden, der in ihrem kalten, starren Herzen die ersten Blüten erster und reiner Liebe zu entfalten verstanden. Sie mußte den Mann aufgeben, an dem sie mit aller Glut der ersten Liebe hing. Es war ein harter und verzweiflungsvoller Seelenkampf, den Olga jedoch siegreich durchkämpfte, denn entschlossen griff sie zu Feder und Papier, um dem Grafen Steinau anzukündigen, daß sie ihr Verhältnis als gelöst betrachten müsse.

In qualvoller Ungewißheit vergingen dem Grafen Steinau die Stunden, wiederholt sandte er das Kammermädchen Olgas zu ihr, und ließ sie bitten, ihn zu empfangen, und stets kam dasselbe mit der Antwort zurück, daß das Fräulein niemand vorlasse.

Endlich brachte sie ihm einen Brief, den Steinau mit tiefer Erschütterung durchlas, und sodann wie ein verwundeter Löwe mit einem unartikulierten Schrei aufsprang, und in Olgas Zimmer stürmte.

Das Mädchen erschrak bei dem Anblick des leidenschaftlich erregten Mannes; wildes, drohendes Feuer loderte in seinen Blicken, eine schwere Falte hatte sich auf die hohe Stirn gelegt, und vor unterdrückter Bewegung zitterte die Stimme und ballten sich seine Hände.

Mit rauhem, heiseren Tone rief er Olga zu: „Was soll das heißen, weißt du ein sündhaft Spiel mit mir und meinem Herzen, so ende dasselbe bald, wenn du nicht willst, daß ein Unglück geschieht; ich bin nicht der Mann, der sich zum Spielball einer herzlosen Kokette hergibt, und ich frage dich denn, ist das dein Ernst, was du mir hier schreibst?"

Stumm und traurig nickte Olga mit dem Kopfe, worauf Steinau fortfuhr:

„Also du lösest unser Verhältnis ohne irgend eine Motiv und ohne Verschulden meinerseits? So war also deine Liebe zu mir nichts als eine flüchtige Laune, und einer neuen Laune wegen werde ich nun wieder zurückgestoßen! Es schmeichelte wohl dem eitlen Fräulein, den Grafen Steinau an ihren Triumphwagen zu jetzen und der Zahl ihrer Verehrer beizufügen. O verflucht sei die Stunde, in welcher ich dich gefunden, verflucht der Augenblick, wo ich schwach genug war, an die Liebe eines Weibes zu glauben!"

„Halt ein, Viktor," rief mit tränenerstickter Stimme Olga, „wenn du wüßtest, wie du mir Unrecht tust, du würdest nicht so schonungslos mein Herz zerfleischen! Wenn du wüßtest, wie tief und treu ich dich liebe, wie schmerzlich ich mich einer unabwendbaren Notwendigkeit füge, indem ich mich von dem Liebsten auf der Welt trenne, du würdest die Last, unter der ich zu erliegen fürchte, nicht noch durch grausame Vorwürfe vermehren."

„Das alles verstehe ich nicht," sagte Steinau, „du liebst mich und trotzdem weiselt du meine Liebe zurück? Ich glaube an deine Liebe nicht!"

„Das ist hart, Viktor, härter als alles andre. Alles hätte ich für möglich gehalten, nur nicht, daß du an meiner Liebe zweifeln kannst." Und Tränen erstickten die Worte des Mädchens.

Unsichtlässig betrachtete der leidenschaftliche Mann das schöne Mädchen, dessen Schmerz ihn tief ergriff. Mit einer stürmischen Bewegung erfaßte er Olgas Hände und fragte mit ängstlich flehendem Tone:

„Wenn du mich liebst, weshalb lösest du ein Verhältnis, das mich so unendlich glücklich machte? Lasse mich nicht in Verzweiflung vergehen und sage mir, was vorgefallen ist und worin die Motive deines mir unerklärlichen Entschlusses zu suchen sind."

„Das will ich tun," sagte Olga — „komm, Viktor, setze dich neben mich und höre, was ich dir zu sagen habe. Es ist wohl die letzte traurige Unterredung, die wir miteinander haben; denn zwischen uns beide hat sich ein dritter gedrängt, dessen Ansprüche auf mich ältere und gerechtere sind als die deinigen."

„Ein dritter?" brauste Viktor auf — „also du hast mich getäuscht, nicht ich war deine erste Liebe, sondern ein andrer ist mir zuvorgekommen, und ich Tor glaubte an die Wahrheit deiner Worte, an deine stolzen Augen, an deinen reinen, verläßlichen Charakter. Also auch ein Gesicht wie das deinige vermag zu lügen, das hätte ich nie für möglich gehalten!"

Sanft legte Olga ihre Hand auf Steinaus Arm und sprach:

„Lasse mich doch erst zu Worte kommen, dann wirst du finden, daß deine jetzigen Beschuldigungen ebenso ungerecht sind, wie die früheren. Ich zürne dir deshalb nicht, denn ich sehe in deiner wilden Leidenschaftlichkeit nur einen schmerzlich süßen Beweis dafür, daß du mich wirklich liebst, und in einem Augenblicke, wo ich dieser Liebe entsagen muß, erfüllt es mich mit Stolz und Freude, ein Herz gewonnen zu haben, wie das deine. Doch unterbrich mich nicht. Vor allem schwöre ich dir, daß ich nie im Leben einen Mann geliebt habe, als dich,

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219081118-18/fragment/page=0002

Schleswig. Nach dreitägiger Verhandlung wurde das Urteil in dem Disziplinarverfahren gegen den Husumer Bürgermeister Dr. Schücking verkündet. Es lautet wegen Verletzung der Ehrerbietung gegen Dienstvorgesetzte auf 500 Mk. Geldstrafe und Tragung der Kosten.

Berliner Humor vor Gericht.

Die Erbschaft. „Genmal im Leben eene Erbschaft jemacht und nie wieder! Wenn mir noch mal jemand wat vermachen will — den Betreffenden bringe ick um, bevor er det Testament macht." — Diese Bemerkung entschlüpft Herrn Fuchs, als er den Saal des Schöffengerichts betritt. — „Was soll denn das heißen, Angeklagter!" fährt ihn der Vorsitzende unsanft an, „noch eine solche ungebührliche Äußerung, so werden Sie in Strafe genommen." — „Jott bewahre!" sagt Herr Fuchs, „det fehlt mir bloß noch, det ick verhaftet werde, bevor die Geschichte überhaupt losjeht." — Vors.: Sie haben sowohl gegen den Verwalter des Hauses, in dem Sie wohnen, als gegen den Gemüsehändler Müller Beleidigungen und Drohungen ausgestoßen. Weshalb? — Angekl.: Sie hatten meine Frau verdächtigt. Meine Jattin, die aus Ostpreußen stammt, kriij eenes Dages eene Todesanzeije, det ihr alter Onkel in Königsberj jestorben is. Da sie seit unsre Heirat vor neun Jahre nich zu Hause jewesen is un der olle Onkel als vermöjender Jeizkragen jejolten hatte, war meine Frau nich zu halten, sie fuhr zur Beerdigung un wollte gleichzeitij die Erbschaft in Ordnung bringen. Die Mitjunft unter die Nachbarschaft is ohnedies frolj jenug, et sollte deswejen keen Mensch wat davon wissen. Am dritten Dage nach ihre Abreise komme ick in de Werkstätte, do stecken die Kollejen die Köppe zusammen und einer lacht so recht teilnehmend zu mir: „Wie lange is je denn schon weg?" — „Drei Dage," sage ick erstaunt; „woher weeßt denn du det?" „Na," meent er, „det spricht sich doch rum. . . Hat je denn Jeld mitgenommen?" — „Natürlich," sage ick, „je wird doch nicht ohne Jeld fahren!" — „Nich möglich!" meent er, „is et denn ville?" — „Hör' mal," sage ick, „lei doch nich so neujierij, det is doch meine Sache." — Ick war ordnlich ärjerlich darieber. Uff den Nachhauseweg jiebt der Jemüsehändler vor die Düre, der winkt mir ran und sagt: „Sie, Fuchs, Sie wissen doch, det Ihre Frau noch mit sieben Mann bei mir hängt?" — „Ne," antworte ick, „weeß ick nich; weeßste denn?" — „Na," meent er, „ick wollte bloß fragen. Sie kommen doch dafor uff? Ja? Na, det is sehr anständij von Sie. Lassen Se sich man keene jrauen Haare wachsen, vielleicht renkt sich die Sache wieder in." — Sprachlos betrachte ick mir den Mann, da tritt noch der Hausverwalter ran und sagt: „Fuchs, det Se mir keen Stück von die Möbel aus die Wohnung schaffen. Ick mache Ihnen for den Vertrach haftbar. Steckt denn een Kerl dahinter?" frächt er mir plötzlich, indem er mir niesgangen ankiekt. — „Der olle Onkel is et," sage ick kopphängerlich. „Was woll'n Se denn damit jagen?" — „Schon jut, schon jut," meent er, „ick weeß ja, det Sie een anständiger Mensch sind." — Meine Älteste, die acht Jahre alt is, saß, wie ick die Düre aufmachte, am Dische und heulte: „Der Junge vom Hausverwalter hat jesaacht, Mutter is ausjerückt und kommt nu nich mehr wieder!" jluckst je. . . Fünf Minuten später war ick schon det'n Verwalter det uns, und verabfolgte seinen Bengel een paar Backfeien. Natürlich kam't dadruff zu 'nen Mordskrach. Dem neujierijen Jemüsehändler, der natürlich noch seine Nase bei haben mußte, habe ick jleich mit Bescheid jesagt. — Die Beweisaufnahme ergab, daß die auf denselben Korridor wie die Fuchsschen Eheleute wohnende Frau X. in der Nachbarschaft erzählt hatte, die Frau Fuchs sei ihrem Mann ausgerückt und habe ihm auch noch eine Summe Geldes mitgenommen. Dem Vorsitzenden gelang es, die Parteien einem Vergleiche geneigt zu machen. Fuchs mußte abbitten und die Kosten tragen. — „Sagen Sie mal, fragte ihn am Schluß der Vorsitzende, „hat Sie denn der Onkel auch wenigstens in seinem Testament bedacht?" — Fuchs: „Der olle Mann war arm wie eene Kirchenmaus; meine Frau hat noch zu die Verdijungskosten beisteuern müssen."

Aus der Woche.

Berlin, den 13. November 1908.

Die zweitägige Redeschlacht hat ausgetobt, die Debatten über das Kaisergespräch sind vorüber. Der Antrag, an den Kaiser eine Adresse zu richten, ist abgelehnt worden und das Deutsche Reich muß sich mit der Versicherung des Fürsten Bülow genügen lassen, daß Ereignisse, die, wie das hinter uns liegende, eine ganze Welt in Aufregung versetzten, sich nicht wiederholen werden. Die Meinungen über das Ergebnis der zweitägigen Debatte über das Kaisergespräch sind geteilt. Es fehlt nicht an Stimmen, die es als durchaus befriedigend bezeichnen, und andre wieder nennen es völlig genügend. Auch dieser Streit wird verhallen. Im deutschen, im ausländischen Blätterwalde wird es ruhiger werden und aus den ernsten Stunden wird nur die Überzeugung zurückbleiben, daß in Deutschland ein einig Volk von Brüdern wohnt, bereit, zusammenzustehen in jeder Gefahr. Gelobt oder gehaßt, im Bunde mit andern Mächten oder einsam, wir fürchten die Stürme nicht, die uns umdrohen. — Der Streit um die Deserteure von Casablanca ist nach langen Verhandlungen zwischen der deutschen und französischen Regierung einem Schiedsgericht

Vergleichende Tabelle der Grubenkatastrophen der letzten Jahre.

Das elementare Unglück in der Radbod-Grube bei Hamm läßt wieder einmal die Gefahren der bergmännischen Arbeit in ihrer ganzen Schrecklichkeit vor unserm geistigen Auge erstehen. Die letzten Jahrzehnte waren überreich an katastrophalen Ereignissen. Am 17. März 1884 ereilte auf der Grube Camphausen bei Saarbrücken 181 Mann der Bergmannstod und am 17. Februar 1898 auf der Karolinengrube bei Bochum 119 Mann. In aller Gedächtnis ist aber noch das größte Grubenunglück unsrer Zeit, die Katastrophe von Courrieres bei Lille am 10. März 1906, die 1219 Opfer forderte. Am 28. Januar 1907 erlitten 150 Bergleute auf Grube Reden bei Saarbrücken den Bergmannstod.

im Haag überwiesen worden und es ist wohl ohne Zweifel, daß die leidige Angelegenheit im weiteren Verlauf zu keinen Schwierigkeiten mehr führen wird. — In der französischen Deputiertenkammer wurde nach zwei Jahren wieder einmal über die Abschaffung der Todesstrafe verhandelt, wobei Justizminister Briand erklärte, er werde mit aller Macht für die Abschaffung der Todesstrafe eintreten. — Die russische Regierung macht fortwährend die lebhaftesten Anstrengungen, ihre Wehrmacht zu reorganisieren. Zu diesem Zweck ist nicht nur eine Neuordnung im Reichsmarineamt vorgenommen worden, sondern auch Neubestellungen von Schiffen sind erfolgt. Außerdem hat die russische Regierung in Frankreich ein lenkbares Luftschiff für Militärzwecke in Auftrag gegeben. — Die Balkanwirren, die eine Zeitlang zu einem Kriege zu führen drohten, sind immer noch nicht beendet. Immer aufs neue sorgt die serbische Regierung dafür, daß die Beunruhigung nicht aufhöre. Dazu kommt, daß Serbien offenbar mit verdächtigem Eifer rüstet, was Österreich nicht ohne geeignete Gegenmaßregeln ansehen kann. Trotz der Ministerkrise, die in Wien ausgebrochen ist, und trotz der Stürme, die die Wahlreform im ungarischen Parlament heraufbeschworen hat, ist die Donau-Monarchie wohl darauf bedacht, ihre Interessen gegen Serbien zu wahren. Das erscheint um so nötiger, als Serbien mit der Türkei ein Schutz- und Trutzbündnis geschlossen hat. Nicht mit Unrecht nimmt man an, daß ein in so ernster Stunde geschlossenes Bündnis lediglich Angriffszwecken dienen soll. Auch die türkisch-bulgarischen Verhandlungen haben noch zu keiner Einigung geführt. Sie drohen sogar ins Stocken zu geraten, da Bulgarien sich durch die Verzögerungspolitik der Türkei gekränkt sieht. Diese Politik, in der ja die Türkei von je ein Meister war, hat in Bulgarien allgemeine Entrüstung hervorgerufen. Die Schwierigkeiten auf dem Balkan haben sich also keineswegs verringert. Unter solchen Umständen ist es noch sehr zweifelhaft, ob die geplante Balkankonferenz tatsächlich zustande kommt, und wenn sie zustande kommt, ob sie ein nützliches Ergebnis haben wird. — Aus der heißen Wahlschlacht um die Präsidentschaft in den Ver. Staaten ist der frühere Kriegssekretär Taft als Sieger hervorgegangen. Er wird den Präsidenten Roosevelt, der ihn der republikanischen Partei empfohlen hat, ablösen. Schon heute darf mit Gewißheit vorausgesagt werden, daß der neue Präsident an Roosevelts Politik festhalten, ja daß er ihren Einfluß durch Vermehrung der Flotte und durch Schaffung eines starken Landheeres noch vermehren wird. — In Japan ist seine Wahl mit gemischten Gefühlen begrüßt worden und ein angesehener Diplomat im Reiche des Mikado hat in einem der führenden japanischen Organe seiner Meinung dahin Ausdruck gegeben, daß Präsident Taft die (von vielen als unausbleiblich angesehene) Auseinandersetzung auf dem Stillen Ozean beschleunigen wird. Große Ereignisse bereiten sich also um den Stillen Ozean vor. Es ist nicht ausgeschlossen, daß die neue Friedenskonferenz nach einem Kriege stattfinden wird, der an Menschenverlusten den mandschurischen Krieg übertrifft.

Der § 61 des Berliner Vertrages.

Aus armenischen Kreisen wird der „Voss. Ztg." geschrieben: Unlängst wurde die Meldung verbreitet, die konstitutionelle Türkei würde sich sträuben, den § 61 des Berliner Vertrages bei der geplanten Revision dieses Vertrages zur Erörterung zu stellen. Der § 61 enthält die Bestimmungen über die in den sechs armenischen Wilajets einzuführenden Reformen und läuft parallel mit dem § 23, der dasselbe für Mazedonien verlangt. Die Jungtürken sollen nun nach obiger Meldung erklären, der § 61 habe (ebensowenig wie der § 23) nach der Einführung der politischen Freiheiten in der Türkei keine Daseinsberechtigung mehr. Unter den Armeniern selbst herrschen darüber zweierlei Auffassungen. Die einen sind dafür, daß der Paragraph auf der geplanten Konferenz zur Besprechung gelange, damit unter dem Drucke der Mächte die Reformen in den armenischen Gebieten tatsächlich eingeführt werden. Das sind die Nationalisten, von denen ein Teil die Vereinigung aller Armenier zu einer geschlossenen Nation (aber nicht in der Form eines unabhängigen Fürstentums oder gar Königreiches) anstrebt. Dieser Teil steht der neugebackenen türkischen Konstitution mitsamt allen ihren Zusagen mißtrauisch gegenüber. Er wollte auch von Anfang an nichts von einer Zusammenarbeit mit türkischen Freiheitskämpfern hören, denn er war in dem Vorurteil befangen, daß die Türken weder den Willen noch die Fähigkeit hätten, einen entschiedenen und überzeugten Kampf gegen den Absolutismus zu führen. Immer von neuem wies diese Gruppe darauf hin, daß die Lösung der armenischen Frage lediglich von den Berliner Vertragsmächten abhinge und daß daher der § 61 diesen unaufhörlich in Erinnerung gebracht werden müsse. Solcher Betrachtungsweise huldigen aber die anerkannten Führer der armenischen Freiheitsbewegung nicht mehr. Ich sage: nicht mehr, denn die von den Nationalisten heute vertretene Ansicht bestand bis in die letzte Zeit hinein vielfach auch im Lager der Revolutionäre. Nach den vielen Enttäuschungen jedoch, die sie von Europa hinsichtlich des genannten Paragraphen erfuhren, stellten sich die Revolutionäre endgültig auf den Standpunkt, daß es notwendig sei, auf den § 61 zu verzichten und mit den freiheitlichen türkischen Elementen gemeinsame Sache zu machen. Nach der Wiederherstellung der Verfassung ist denn auch der § 61 völlig fallen gelassen worden. Er hat für die revolutionären Kreise in Türkisch-Armenien keine Bedeutung mehr, da sie, im Gegensatz zu den Nationalisten, mehr Vertrauen in die Verfassung setzen. Die armenisch-revolutionäre Verbindung, die Urheberin der Pariser Konferenz der Vertreter revolutionärer Organisationen der Türkei vom Januar d., hat die Verfassung völlig angenommen, wenngleich ihre Forderungen weit darüber hinausgehen, was die Verfassung bis auf weiteres gewähren kann und wird. Und weil die Verbindung imstande ist, das armenische Volk nach ihren Ansichten und Grundsätzen zu lenken, ist in Armenien von einer Bewegung des Paragraphen 61 nichts mehr zu hören.

Buntes Allerlei.

Statistisches vom Frauenhaar. Die Geduld des Statistikers hat für die sonderbare Frage, wieviel Kilometer Haar eine Frau wohl auf dem Kopfe tragen mag, nunmehr die Antwort gefunden. Wie im „Gaulois" berichtet wird, sind die blonden Haare in der Regel üppiger und dichter als die dunkleren. Eine dunkelhaarige Frau trägt durchschnittlich eine Haarlänge von insgesamt nicht weniger als 70 Kilometer mit sich, während eine üppige Blondine bisweilen 135 Kilometer und mehr erreicht. Dagegen ist das dunklere Haar stärker und widerstandsfähiger als das blonde, es trägt eine Last von 113 Gramm ohne zu zerreißen, während das hellblonde goldig schimmernde Haar bereits bei 68 Gramm bricht.

CCz **Kleine Weisheiten.** Ein Adler kann zwanzig, ein Kondor vierzig Tage ohne jede feste Nahrung leben. — Nach dem chinesischen Recht hat jeder Bürger das Recht, Grabschänder an Ort und Stelle zu töten. — 900000 Pfund hatte man bereits für zwecklose Versuche ausgegeben, künstlichen Indigo herzustellen, als ein zufällig herabfallendes Thermometer, dem das Quecksilber entfiel, das Problem löste.

und daß ich dieses Gelübt für dich bis ans Ende meiner Tage treu und unverehrt erhalten werde. Der dritte aber, von dem ich spreche, hat für mich seine ganze Existenz, seine Gegenwart und Zukunft geopfert. Er hat aus Liebe zu mir sich selbst zugrunde gerichtet, und zum Dank dafür wurde er von mir mit bitterem Hohn abgewiesen. Du hast ja die Geschichte des jungen Mannes in der Försterei, wie ihn vom Hauptmann Berg bei Tische erzählt wurde, wohl gehört, und wisse denn auch, daß das Mädchen, der zuliebe Robert von West Stellung, Vermögen und Ehre opferte, ich bin. Nur hatte ich damals keine Ahnung von dem, was ich heute erfuhr, und nun, nachdem mir die Augen in so grausamer Weise geöffnet wurden, bleibt mir nichts andres übrig, als gut zu machen, was ich ohne Wissen verschuldet habe."

„Was willst du tun?" fragte Steinau.

„Das ist einfach. Heute bin ich in der Lage, das Opfer Wests zu vergelten. Durch die Güte meiner Verwandten bin ich reich und halte mich nun verpflichtet, Robert von West dadurch Ersatz zu bieten, daß ich ihn zum Miteigentümer meines Vermögens mache."

„Meinetwegen gib ihm dein Hab und Gut, was kümmert mich das, ich fragte nie danach, ob du etwas besitzest oder nicht. Ich bin reich genug für uns beide, und dich allein will ich, alles übrige ist mir gleichgültig.

„Und glaubst du, West würde eine solche Spende annehmen, die wie ein Almosen aussähe? Nein, auf diese Weise geht es nicht. Meine Hand aber wird er nicht zurückweisen, wenn ich ihm heute freiwillig jene Bitte gewähre, die ich vor ungefähr einem Jahre ihm abschlug. Das ist die Buße, die ich mir selbst auferlege und die ich übernehme, ohne über ihre Härte zu klagen."

„Du gefällst dir in einer heroischen Tat der Selbstverleugnung," sagte Steinau mit bitterem Ausdrucke, „und findest darin noch eine wohltuende Genugtuung. Was ich dazu sage, ob ich Kraft genug habe, deinen Verlust zu ertragen, das ist dir gleichgültig. Ich habe nicht die geringste Lust, den Großmütigen zu spielen, und verzichte nicht auf mein gutes Recht. Wenn du mich liebst, so gehörst du mir und niemand außer mir. So fasse ich diese Frage auf. Was kümmert mich dieser Herr von West. Du nennst ihn unglücklich. Er mag es sein, ich habe nichts dazu beigetragen; aber ich sehe keinen Grund ein, weshalb auch ich unglücklich werden soll, und ich bin fest entschlossen, mich bis zu den letzten Konsequenzen gegen die Ausführung deines überspannten Gelübdes zu wehren. Wagt West es, dein Opfer anzunehmen, dann muß er erst mit mir um deinen Besitz kämpfen, denn so lange ein Tropfen Blut in meinen Adern läuft, solange mein Herz schlägt und meine Lunge atmet, gebe ich dich nicht auf und müßte ich mit der ganzen Welt um deinen Besitz ringen!"

„O Bittor, mache mir das Herz nicht noch schwerer. Hindere mich nicht, zu handeln, wie mir mein Gewissen als richtig vorschreibt, und ergib dich in dein Schicksal wie ich es tue; du wirst in der großen Welt, in die du gehörst, gar bald die kleine Liebesepisode vergessen haben, deren Erinnerung ich als ein Heiligtum bis an mein Ende bewahren werde. Reiche mir die Hand und sage mir, daß du nicht grollst, und nimm meinen heißen Dank für deine innige Liebe, die mich so hochbeglückte."

Starr und finster hörte Steinau auf die Worte des Mädchens und mit drohendem Tone sagte er:

„Es ist also dein unwiderruflicher Entschluß, die Bande zu lösen, die uns beide vereinen, und aus einem unklaren Gefühl großmütiger Gerechtigkeit für einen Mann einen andern liebloos und ungerecht von dir zu stoßen? Gib mir klar und entschieden Antwort auf diese Frage, und dann werde ich wissen, was ich zu tun habe."

„Nach langen und harten Kämpfen mit mir selbst bin ich zu der Überzeugung gelangt, daß ich nicht anders handeln kann, als wie ich dir mitgeteilt habe. Mein Entschluß steht unwiderruflich fest!"

Das trennende Wort war gefallen.

Wie zerschmettert starrte Steinau auf Olga hin, welche beruhigend seinen Arm erfassen wollte.

Mit einer wilden Bewegung schleuderte er ihre Hand zurück und stürmte ohne ein Wort des Abschiedes davon.

Aber auch die Kraft des Mädchens war erschöpft, laut weinend schlug Olga die Hände vor das Gesicht und klagte: „Das ist härter als ich dachte!"

In einigen Minuten hatte Olga sich wieder gesammelt, sie war entschlossen, ihr Vorsatz durchzuführen und sie durfte keinen Augenblick verlieren, um einem Zusammenstoß zwischen den beiden Männern vorzubeugen. Sie glaubte auch so viel Einfluß über Steinau zu besitzen, daß sie ihn, wenn sich einmal die erste Aufregung gelegt hat, ohne Gedanken an Rache zur Ergebung bewegen werde.

Olga nahm ihren Strohhut und sagte ihrem Kammermädchen, sie wolle einen Spaziergang machen. Wenn Graf Steinau nach ihr frage, so möge sie ihm sagen, sie werde in zwei Stunden wieder im Schlosse sein, er möge sie erwarten, sie habe noch Dringendes mit ihm zu besprechen.

Olga erschrak, als das Mädchen sagte:

„Der Herr Graf ist nicht im Schlosse und dürfte auch nicht so bald zurückkehren, denn ich sah ihn mit dem Jagdgewehr auf dem Rücken in den Wald gehen. Ich weiß nicht, er muß krank sein, denn er war furchtbar bleich und seine Augen glühten wie im Feuer."

„Wenn er nur jetzt nicht Robert begegnet," flüsterte Olga, „Gott gebe, daß ich nicht zu spät komme und schreckliches Unglück verhüten kann."

Mit raschen Schritten schlug Olga den Weg nach der Försterei ein.

* * *

Robert saß an einem Tische auf der Veranda des Forsthauses und sprach mit einem Jäger, der berichtete, daß neuerdings Wilddiebe wieder großen Schaden in dem Wildstande anrichteten und anfragte, was dagegen zu tun wäre.

Ode 17 (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219081118-18/fragment/page=0003

Vermischtes.

Provinzial-Städte-Feuer-Sozietät der Provinz Sachsen. Unsere Provinzial-Städte-Feuer-Sozietät vollendet mit dem Schlusse dieses Jahres ihr 70. Geschäftsjahr, gleichzeitig werden 30 Jahre verflossen sein seit jener umfassenden Umgestaltung, mit welcher auch die Mobiliarversicherung aufgenommen und die Anstalt nach Abtrennung aus der unmittelbaren Verwaltung der Staatsregierung in den Rahmen der Provinzialverwaltung eingefügt worden ist. Wie überaus günstig sich unsere Provinzialanstalt entwickelt hat, ergibt sich aus dem stetigen erfreulichen Anwachsen des Versicherungsbestandes, der sich seit der Reorganisation vor 30 Jahren fast verfünffacht hat und jetzt eine Versicherungssumme von über 1 Milliarde 550 Millionen aufweist. Infolge der günstigen Entwickelung sind die Beiträge immer niedriger geworden; während von 1879 bis 1889 noch $^{9}/_{10}$ und von 1890 bis 1902 $^{8}/_{10}$ von den lagerbuchsmäßigen Beiträgen erhoben wurden, wird seit 1903 ein Viertel dieser Beiträge von vorherein außer Ansatz gelassen. Das Vermögen der Sozietät ist dabei auf ca. 8 Millionen Mark angewachsen. Dies eigene Vermögen bürgt neben der Zugehörigkeit der Anstalt zum Feuerversicherungsverbande in Mitteldeutschland, welcher zu gemeinschaftlicher Schadentragung eine Versicherungssumme von 3 $^{1}/_{2}$ Milliarden vereinigt und ein eigenes vermögen von 7$^{1}/_{2}$ Millionen Mark besitzt, für die Gleichmäßigkeit der Beiträge. Für die Regulierung der Brandschäden sind nicht die Vorschriften des strengen Rechts, sondern die Grundsätze von Nachsicht und Billigkeit maßgebend; seit der Reorganisation, also seit 30 Jahren, ist noch kein einziger Prozeß von einem Brandbeschädigten gegen die Sozietät angestrengt, schiedsrichterliche Entscheidung aber nur in sechs Fällen angerufen worden. Seit dem Bestehen der Sozietät sind bisher rund 35 Millionen Mark für Brandschäden vergütet. An der Förderung der allgemeinen Feuersicherheit und des Feuerschutzes in unserer Provinz hat die Sozietät regen Anteil genommen: sie hat vielsach Anregungen gegeben und die Verbesserung des Feuerlöschwesens durch erhebliche Beihilfe unterstützt. Nicht unerwähnt seinen auch ihre Bestrebungen zur Verminderung der immer noch zunehmenden Kinderbrandstiftungen. Die Aufwendungen der Sozität für öffentliche Zwecke haben seit 1871 über 1 Million Mark betragen. Ueber die Sozietätseinrichtungen wird von dem Magistrat bereitwilligst Auskunft erteilt, auch werden dort etwaige Wünsche der Sozietätsgenossen wegen ihrer Versicherungen gern entgegengenommen.

Zur Viehzählung am 1. Dezember erläßt der Regierungspräsident im „Amtsblatt" eine Bekanntmachung, in der es u. a. folgendes ausführt: „Die Zählung ist von größter Bedeutung nicht bloß für die Staats- und Gemeindeverwaltung, sondern auch für die Förderung wissenschaftlicher und gemeinnütziger Zwecke. Es liegt daher im eigensten Interesse aller Landesbewohner, nach besten Kräften dazu beizutragen, daß die Viehzählung ein möglichst vollständiges und zuverlässiges Ergebnis liefere. Ich spreche die Bitte aus, daß diejenigen Einwohner des Regierungsbezirks, deren Mitwirkung von den Behörden bei dem in Aussicht genommenen Zählgeschäft in Anspruch genommen wird, ihre Hilfe bei der Austeilung, Ausfüllung und Wiedereinsammlung der Zählpapiere nicht versagen mögen". Die Viehzählung findet im ganzen preußischen Staate am 1. Dezember statt. Sie erstreckt sich auf Pferde, Rinder, Schafe und Schweine. Die hierzu erforderlichen Zählkarten-Formulare werden von den mit der Zählung betrauten Personen am 29. und 30. November den betreffenden Haushaltungsvorständen zur Ausfüllung ausgehändigt und bis zum 2. Dezember abends wieder abgeholt werden. Den mit der Zählung betrauten Personen ist natürlich ihr unentgeltlich übernommenes Amt durch Entgegenkommen und durch formgerechte Ausfüllung der Zählkarten nach Möglichkeit zu erleichtern. Es wird ausdrücklich bemerkt, daß die Viehzählung lediglich statistischen Zwecken dient und in keiner Weise in steuerlicher Beziehung verwertet wird.

Querfurt, 9. November. Gestern fand eine außerordentliche Generalversammlung des Elektrizitätswerkes Kreis Querfurt, e. G. m. b. H., statt. In derselben gab Herr Oberamtmann Dr. Behm-Schloß Querfurt bekannt, daß das Werk mit dem gezeichneten 380 Anteilen als lebensfähig bezeichnet werden könne. Von der Errichtung eines eigenen Elektrizitätswerkes wurde Abstand genommen, die Lieferung des Stromes jedoch der Zentrale der von Helldorffschen Grube „Pauline" zu Stöbnitz übertragen. Von dort aus wird der Strom nach den angeschlossenen Ortschaften geliefert. Berechnet werden 45 Pfg. pro Kilowattstunde für Licht, 16$^{1}/_{4}$ Pfg. für Dreschbetrieb und 22 Pfg. für landwirtschaftliche und gewerbliche Zwecke.

Laucha, 15. November. Sonntag nachmittag hielten die Handwerksmeister des Kreises Querfurt in Obendorfs Hotel hier ihre Jahresversammlung ab. Nachdem der Vorsitzende, Herr Maurermeister Meinecke-Nebra, die erschienenen Handwerker und Ehrengäste begrüßt hatte, hieß auch Herr Bürgermeister Kraneis alle Erschienenen herzlich willkommen. Der Vertreter der Handwerkskammer, Herr Bernhardt, gab seiner Freude über das zahlreiche Erscheinen der Meister Ausdruck, würdigte die Bedeutung des Handwerkers und versicherte, daß jeder berechtigte Antrag eines Handwerkers und einer Innung von der Handwerkskammer wohlwollend geprüft und nach Kräften unterstützt werde. Nachdem der Vorstand konstituiert war wurde zunächst über „den kleinen Beschäftigungsnachweis im Handwerke" gesprochen. Dieser sei zunächst als eine Abschlagszahlung auf weitergehende Forderungen des Handwerks anzusehen und sehr geeignet, den Meistertitel wieder zur Geltung und zu Ehren zu bringen. Doch wurde lebhaft bedauert, daß auch die sogenannten Fabrikanten das Recht hätten, Lehrlinge in unbegrenzter Anzahl zu halten. Dann wurde beschlossen vom 29. bis 31. März kommenden Jahres in Querfurt eine Ausstellung von Lehrlingsarbeiten und Gesellenstücken zu veranstalten und gute Leistungen durch ein Diplom zu würdigen. Ferner sprach Sekretär Vogt über die Selbst- und Weiterversicherung bei der staatlichen Alters- und Invaliditätsversicherung und empfahl diese den Meistern zur Benutzung. Jeder Gselle, wenn er Meister geworden, kann sich weiter versichern, und muß dann nur innerhalb zweier Jahre nur 20 Beitragsmarken, bei der Selbstversicherung 40 Marken, bei eigener Wahl der Markenhöhe, entrichten. — Für die demnächst stattfindende Wahl zur Handwerkskammer wurden Herr Schneidermeister Herm. Rühlemann-Querfurt als Kammermitglied und Herr Mühlenbesitzer Hirt-Lodersleben und Schuhmachermeister Vogt-Freyburg als Ersatzmänner in Vorschlag gebracht. In der Schlußdebatte wurde eine gleichmäßigere Heranziehung zu den Kosten der Handwerkskammer gewünscht. — Auf vielseitigen Wunsch wurden dem früheren Landrat des Kreises Querfurt, Herrn Bötticher und dem jetzigen Herrn von Helldorff in Anbetracht ihrer Verdienste um die Förderung des Handwerks ehrerbietige Grüße gesendet. Als Ort für die nächstjährige Versammlung wurde Roßleben bestimmt.

Laucha. Dem Vorschlage des Vorstandes der Sparkasse und des Magistrats entsprechend haben die Stadtverordneten die satzungmäßige Bindung des Besitzstandes der Stadtsparkasse an Inhaberpapiere einschl. Reichs- und Wertpapieren in der im Ministerialerlaß vom 31. Juli 1908 dargelegten Weise abgelehnt. Die Sparkasse hatte am Schlusse ihres letzen Rechnungsjahres einen Einlagebestand von etwas über 5 Millionen Mark. Hiervon sind etwa 100000 Mark in Inhaberpapieren angelegt. Bei satzungmäßiger Bindung hätte sie mindestens 30 v. H., also 1500000 Mark in sochen Werten anzulegen. Sie würde vier Zehntel ihres jährlichen Vermögenszuwachses in Papieren anlegen müssen, der hierfür verwendete Betrag würde also dem Verkehr entzogen und für immer festgelegt werden, was — wenigstens bei der jetzigen und nun schon so lange andauernden Geldknappheit — eine empfindliche Schädigung der Haus- und Grundbesitzer, denen entsprechend weniger Geld zu Hypotheken gegeben werden könnte, bedeuten würde. In der am 25. November 1907 beschlossenen neuen Satzungen der Sparkasse wurde in den § 25 der zweite Absatz der Mustersatzung, der eine Festlegung von 25 v. H. des Bestandes in Inhaberpapieren vorsieht, nicht aufgenommen.

Laucha. Der Vieh- und Zwiebelmarkt am Sonnabend war reichlich beschickt. Läufer- und Korbschweine wurden das Paar mit 20—25 Mark bezahlt. Zwiebeln kosteten die Rispe 35 Pfg., der Zentner 10 Mark. Selleria 1 bis 1,50 Mark die Mandel. Alle anderen Gemüsearten waren erheblich teurer als im Vorjahre. Der Krammarkt war schlecht besucht und lohnt es sich wohl kaum noch, daß die Verkäufer ihre Zelte aufschlagen. — Das Ziegelmeister Hermann Hetzscholb'sche Ehepaar feierte am Sonnabend die goldene Hochzeit in körperlicher Rüstigkeit. Bei der kirchlichen Feier überreichte der Magistrat dem Jubelpaare 30 Mark als Geschenk der Stadt Laucha aus der Kaiser Wilhelm-Augusta-Stiftung. Desgleichen begingen am Montag die August Nürnberger'schen Eheleute das gleiche seltene Fest.

Naumburg a. S. Der Provinzialausschuß für Innere Mission (Sitz Magdeburg) feiert hier am 23. und 24. November sein Jahresfest und die 33. Generalversammlung seiner Synodalvertreter. Im Festgottesdienst, Montag den 23. nachmittags 6 Uhr, hält Prof. D. Loofs-Halle die Predigt in der St. Wenzelskirche. Abends 8 Uhr in der „Reichskrone" öffentliche Volksversammlung mit einem Vortrage von Fräulein Sprockhoff-Hannover, Generalsekretärin des Deutsch-Evangelischen Frauenbundes über „Frauenbewegung und Innere Mission". In der Hauptversammlung am 24. vormittags 10 Uhr in der „Reichskrone" unter Vorsitz von Sup. Medem neben Mitteilungen aus der Jahresarbeit Hauptvortrag über „Monismus und Christentum": Referent Dr. Hauser-Berlin, wissenschaftlicher Vertreter des Keplerbundes. In geschlossenen Versammlungen wird außerdem behandelt: Die Arbeit des Provinzial-Erziehungsvereins, Jugendfürsorge und Rettungshaussache.

Helbra, 15. November. Heute morgen gegen 3 Uhr entstand, vermutlich zuerst im Kesselhause der Hauptsächlichen Bautischlerei und Möbelfabrik hierselbst aus noch unaufgeklärter Ursache ein größeres Schadenfeuer, das in kurzer Zeit die gesamten Fabrikräume sowie die angrenzenden Nebengebäude mit allen Vorräten in Asche legte. Dem tatkräftigen Eingreifen der Feuerwehren gelang es trotz herrschenden starken Ostwindes das weiterellmsichgreifen des verheerenden Elements zu verhindern. Der durch Versicherung gedeckte Schaden ist beträchtlich. 140 Arbeiter sind brotlos. Stark in Mitleidenschaft gezogen wurden auch die Hintergebäude der Ortlieb'schen Bäckerei.

MESSMER'S THEE

in Paketen von 25 Pfg. aufwärts. Bevorzugte Mischungen à ℳ 2.80 pro Pfund, fein, kräftig, ausgiebig und ℳ 3.50, mild und aromatisch.

R. Barthel, Fernsprecher 10.

Kirchliche Nachrichten.

Mittwoch, den 18. November.
Allgemeiner Landesbuß- und -bettag.
Es predigt um 10 Uhr:
Herr Oberpfarrer Schwieger.
Es predigt um 2 Uhr:
Herr Diakonus Peifert.
Kollekte für das Knabenrettungs- und Brüderhaus zu Reinstedt a. Harz.
Nach dem Vormittagsgottesdienst Beichte und heil. Abendmahl.
Anmeldung bei Herrn Oberpfarrer Schwieger.

Nachstehende

Bekanntmachung

Es liegt Veranlassung vor darauf hinzuweisen, daß nach § 1 des Gesetzes betreffend die Bekämpfung übertragbarer Krankheiten vom 28. August 1905 **jede Erkrankung und jeder Todesfall an**

Diphterie, Genickstarre, Kindbettfieber, Körnerkrankheit, Rückfallfieber, Ruhr, Scharlach, Typhus, Milzbrand, Rotz, Tollwut, sowie Bißverletzungen durch tolle oder der Tollwut verdächtige Tiere, **Fleisch-, Fisch- und Wurstvergiftung,** sowie an **Trichinose**

der für den Aufenthaltsort des Erkrankten oder den Sterbeort zuständigen Polizeibehörde innerhalb 24 Stunden nach erlangter Kenntnis anzuzeigen ist und zwar muß die **Anzeige über den Todesfall auch dann nochmals** erstattet werden, **wenn der Erkrankungsfall** vorher **bereits zur Anzeige gebracht war.** Ferner ist jeder Wechsel der Wohnung oder des Aufenthaltsortes eines solchen Erkrankten, sowie auch jeder Todesfall an **Lungen- und Kehlkopftuberkulose** anzuzeigen.

Zur Anzeige verpflichtet ist: 1. der zugezogene Arzt, 2. der Haushaltungsvorstand, 3. jede sonst mit der Behandlung oder Pflege des Erkrankten beschäftigte Person, 4. derjenige, in dessen Wohnung oder Behausung der Erkankungs- oder Todesfall sich ereignet hat, 5. der Leichenschauer. Die Verpflichtung der unter 2—5 genannten Personen tritt nur dann ein wenn ein, früher genannter Verpflichteter nicht vorhanden ist.

Unterlassung der Anzeige ist im § 35a a. O. mit **Geldstrafe bis zu 150 Mark** angedroht.

Querfurt, den 3. November 1908.

Der Königliche Landrat.
gez. **von Helldorff.**

wird hiermit noch besonders zur Kenntnis gebracht.

Nebra, den 9. November 1908.

Die Polizei-Verwaltung.
Strauch.

Citronen
aus einem großen Berliner Warenhaus.
à Dutzend 40 und 50 Pfg..
empfiehlt so lange der Vorrat reicht
Waldemar Kabisch.

Feinste
Frankfurter Kochwürstchen,
lose und in Dosen, empfiehlt auf Wunsch von jetzt ab **Waldemar Kabisch.**

Trültzsch's Citronensaftkur

Naturheilkräftiger Citronensaft aus frischen Citronen
g. **Gicht, Rheuma, Fettsucht, Ischias, Halsl. Blasen-, Nieren- u. Gallenst.** Probell. nebst Anweisung u. Dankschr. v. Geheilten bei Angabe d. Zeitung **gratis u. franko** oder Saft v. ca. 60 Citronen 3,25, v. ca. 120 Ctr. 5,50 frko. — (Nachnahme 30 Pf. mehr) **Wiederverk. gesucht.**
zu Küchenzwecken u. Bereitung erfrischender Limonaden unentbehrlich
Heinr. Trültzsch, Berlin O. 34, Königsbergerstrasse 17.
Lieferant fürstl. Hofhaltungen. Nur echt mit Plombe **H. T.**

Rheumatismus. Herr Ph. R. schreibt: Nach Gebrauch Ihres Citronens. ist nun alles beseitigt, ich fühle mich in die Jünglingsj. zurückversetzt trotz m. 52 Jahre. Mein Körper war ein reines Durcheinander; Magendr., Schwindel, Appetitlosigk., Mattigk. in a. Gliedern u., zeitweilig heft. Schmerzen u. deuselb., Reissen i. Nacken u. Muskeln der Oberschenkel u. Gicht in den gr. Zehen mit bed. Schmerzen in Geschwulst bis an die Waden. Ich fühle mich verpfl. Ihren Citronensaft aufs wärmste zu empfehlen.
Fettsucht. Bitte mir umg. f. 5,50 Mk. Citronens. zu senden, muss Ihnen zu m. Freude mitt., dass ich 8 Pfd. abgenomm. habe, u. werde Ihr. Saft künft. in m. Hause nicht fehlen lassen. Frau A. F.

Wiederverkäufer gesucht.

Bekanntmachung.

Am **1. Dezember d. Js.** findet im Preußischen Staate eine außerordentliche **Viehzählung** statt.

Bei Ausführung der Zählung wird eine Mitwirkung selbständiger Ortseinwohner in Aussicht genommen.

Die jeder **viehhaltenden Haushaltung** zugehende Zählkarte hat der Haushaltungsvorstand **vollständig und richtig** auszufüllen. Ist dieser dazu nicht in der Lage, so wird die Ausfüllung durch den betreffenden Herrn Zähler geschehen, **welchen die nötigen Angaben zu machen sind.**

Bemerkt wird, daß die Viehzählung **nicht in steuerlichem Interesse** erfolgt, sondern daß sie für die Staats- und Gemeindeverwaltung, sowie für die Förderung wissenschaftlicher und gemeinnütziger Zwecke von besonderer Wichtigkeit ist.

Nebra, den 29. Oktober 1908.

Der Magistrat.
Strauch.

Bekanntmachung.

Der beglaubigte Auszug aus dem Verzeichnis der Handwerker-Innungen und Gewerbe-Vereine, enthaltend die hier bestehenden Innungen, sowie deren Mitglieder- und Wahlstimmen-Zahl, liegt gemäß § 6 der Wahlordnung für die Handwerkskammer zu Halle a. S. vom 17. August 1899, **8 Tage lang und zwar vom 16. bis 23. ds. Mts. im Magistratsbureau während der Dienststunden** zur Einsicht der Beteiligten aus.

Gleichzeitig fordern wir auf, etwaige Beschwerden binnen 14 Tagen nach Ablauf der Auslegungsfrist bei dem Herrn Landrat anzubringen.

Nebra, den 9. November 1908.

Der Magistrat.
Strauch.

Materialwarengeschäft
suche bei 5000 Mark Anzahlung auf Grundstück, Uebernahme nach Uebereinkunft, zu kaufen. Offerten u. **A. S.** an die Exp. d. Bl. erbeten.

Stuhlsitze
werden geflochten. **Paul Röllig.**

Neuen Sauerkohl, Pfeffer-, Senf- u. saure Gurken, Mixed pickles
empfiehlt **Waldemar Kabisch.**

Feinst. ger. Weserlachs
— à Pfd. nur 2,00 Mk. —
traf wieder ein bei **Waldemar Kabisch.**

Eine Wohnung, bestehend aus Stube, Kammer und Küche, ist sofort oder später zu vermieten bei **Otto Sebastian.**

Die von mir geäußerten Beleidigungen gegen die Witwe **Minna Cyliax** nehme ich als in Uebereilung gesprochen reuevoll zurück.
Nebra. **Emilie Ronneburg.**

Frauen!
Wenn alle Mittel versagen, dann versuchen Sie bei Störungen
Japanpulver.
Bestandt. Flor. Anth. nobil, jap., plv.
Frau M. in B. schreibt: „Mit Japanpulver war ich sehr zufrieden."
Dose 3 Mark, Nachnahme 3,30 Mark.
Mediz. Versandhaus H. Scheffler.
Magdeburg-N. 239c, Rogätzerstr. 79.

Verantwortliche Redaktion, Druck und Verlag von Karl Stiebitz in Nebra.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219081118-18/fragment/page=0004

Nebraer Anzeiger

für Stadt und Umgegend.

Erscheint
Mittwoch und Sonnabend.
Abonnementspreis
vierteljährlich 1,05 Mk. pränumerando, durch die Post oder andere Boten 1,20 Mk., durch die Briefträger frei ins Haus 1,45 Mk.

Gratisbeilagen:
Wöchentlich ein illustriertes Sonntagsblatt und vierzehntägig eine landwirtschaftliche Beilage.

Insertionspreis
für die einspaltige Korpuszeile oder deren Raum 15 Pfg., bei Privatanzeigen 10 Pfg.
Reklamen pro Zeile 15 Pfg.
Inserate
werden bis Dienstag und Freitag 10 Uhr angenommen.

Amtliches Organ der königlichen und städtischen Behörden in Nebra a. U.

Nr. 93. | Nebra, Mittwoch, den 18. November 1908. | 21. Jahrgang.

Die Kanzlerkrise.

Verschiedene Blätter haben gemeldet, der Reichskanzler hätte erneut sein Abschiedsgesuch eingereicht. Nach einer halbamtlichen Erklärung trifft diese Meldung nicht zu. Der Kanzler hätte übrigens jetzt auch keinen Grund, sein Entlassungsgesuch zu erneuern, da der Kaiser nicht zu erkennen gegeben hat, daß er mit den Ausführungen des Fürsten Bülow im Reichstage nicht einverstanden sei.

Anderseits haben die Sitzungen des preußischen Staatsministeriums sowohl wie des Bundesratsausschusses für auswärtige Angelegenheiten dem Reichskanzler die Gewißheit verschafft, daß diese Körperschaften seiner Rede und seinem Vorgehen rückhaltlos zustimmen. Fürst v. Bülow hat vom Kaiser die Erlaubnis erbeten und bekommen, nicht in Donaueschingen, sondern in Kiel dem Monarchen Vortrag zu halten, wo er zur Truppenvereidigung in diesen Tagen weilt.

Die 4½stündige Aussprache im diplomatischen Ausschuß des Bundesrats betraf u. a. auch die innere Politik und insbesondere die kritische Lage, die durch die Veröffentlichung im ‚Daily Telegraph‘ hervorgerufen worden ist. Die Aussprache war die denkbar gründlichste, sie ergab eine vollständige Übereinstimmung aller Mitglieder mit den von dem Reichskanzler entwickelten Grundsätzen für die Weiterführung der äußern und auch der innern Politik.

Die Bedeutung dieser Tatsache wird noch erhöht durch den Umstand, daß es die leitenden Minister der fünf größten Bundesstaaten nächst Preußen waren, die sich mit der Haltung des Reichskanzlers einverstanden erklärten. Insbesondere äußerte sich der bayrische Ministerpräsident v. Podewils über den Verlauf und das Ergebnis der Sitzung außerordentlich befriedigt.

Besprochen wurde in der Sitzung zunächst die Reichsfinanzreform. Dann erstattete Fürst v. Bülow Bericht über die Entwickelung der Casablanca-Affäre. Es wurde mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, daß sie auf dem Wege ist, gütlich beigelegt zu werden. Ferner wurde über die durch das Kaiser-Gespräch geschaffene Lage und die neue Stellung im Reichstage gesprochen. Beschlüsse wurden nicht gefaßt.

Im Anschluß an die zweitägige Debatte sind jetzt dem Reichstage zwei Anträge zugegangen, in denen die Vorlage eines Gesetzes gefordert wird, das die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers neu regelt. Der Antrag des Zentrums enthält die Forderung: „Die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers und der Stellvertreter des Reichskanzlers, sowie das für Geltendmachung dieser Verantwortlichkeit einzuhaltende Verfahren regelt.“

Die Sozialdemokraten haben einen solchen Entwurf schon ausgearbeitet und dem Reichstage zur Annahme vorgelegt.

Danach soll der Kanzler die Verantwortlichkeit für alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers tragen. Der Reichskanzler ist zu entlassen, wenn der Reichstag es fordert. Wenn der Kanzler fahrlässig seine Amtspflichten verletzt, soll der Reichstag gegen ihn Anklage erheben dürfen. Diese Anklage wird vor einem Staatsgerichtshof verhandelt, deren Mitglieder der Reichstag ernennt, die Hälfte der 24 Mitglieder kann der Kanzler ablehnen. Wird der Kanzler verurteilt, so geht er seines Amtes verlustig, Begnadigung tritt nur ein, wenn der Reichstag sie beantragt, schließlich muß der Kanzler noch schadenersatzpflichtig sein.

Aus dem Reichstage.

Im Reichstag stand am Freitag die vom Zentrum und den Sozialdemokraten eingebrachten Interpellationen über die Arbeitslosigkeit auf der Tagesordnung. Abg. Pieper wies bei Begründung der Zentrums-Interpellation auf die zunehmende Arbeitslosigkeit hin und verlangte vom Staat und von den Kommunen, Arbeitsgelegenheit zu schaffen. Redner trat für eine jährliche Arbeitslosenzählung und für einen weiteren Ausbau des Arbeitsnachweises ein. — Abg. Molkenbuhr (soz.) forderte eine Reichs-Arbeitslosenversicherung und meinte, schon die Einführung des Neunstundentages würde vorläufig genügen, um den Arbeitslosen zu helfen. Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg beantwortete die Interpellation und führte aus, daß eine Arbeitskrisis zwar bestehe, daß sie aber bei uns nicht so schlimm sei wie in andern Ländern. Auch sei in manchen Gewerben bereits Aussicht auf eine Besserung der Lage vorhanden. Die Regierung habe sich schon, bevor der Reichstag die Anregung dazu gegeben, mit den Maßnahmen beschäftigt, um den Folgen der Krisis entgegenzuwirken. In Übereinstimmung mit dem Staatssekretär wiesen in der folgenden Besprechung alle Redner den Gedanken der staatlichen Arbeitslosenversicherung als überhaupt oder wenigstens zurzeit undurchführbar ab.

Am 14. d. wird die Besprechung der Interpellationen des Zentrums und der Sozialdemokraten betr. die Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit fortgesetzt.

Abg. Böhm (wirtsch. Vgg.) führt aus, die Preise der landwirtschaftlichen Produkte seien bei uns niedriger geworden, obgleich die Löhne gestiegen sind. Man könne daher nicht von einer Ungerechtigkeit unsrer Wirtschaftspolitik sprechen. Jetzt entziehe die Industrie der Landwirtschaft viele Kräfte. Es müsse daher durch eine staatliche Arbeitsvermittelung ein Ausgleich geschaffen werden. Der Staat sollte nur inländische Arbeiter beschäftigen.

Abg. Brejski (Pole) will der Regierung die Schuld an dem Grubenunglück in Westfalen zuschieben.

Staatssekretär v. Bethmann-Hollweg legt entschieden Verwahrung gegen die Vorwürfe des Abg. Brejski ein. Man solle doch mit der Erörterung der Schuldfrage bis zur Besprechung der wegen der Katastrophe eingebrachten Interpellationen warten. Betreffs der vom Vorredner geforderten Reichsarbeitslosenversicherung habe er schon am Freitag erklärt, daß ihm dieselbe nicht durchführbar erscheine.

Abg. Becker-Arnsberg (Zentr.) meint, eine Arbeitslosenzählung sei nötig, schon um den Überreibungen der Sozialdemokraten entgegenzutreten; sodann aber als Vorbedingung einer Arbeitslosenversicherung, an der das Reich auf die Dauer nicht werde vorübergehen können.

Abg. Hahn (kons.) führt aus: Was Abg. Molkenbuhr gestern sagte, haben wir schon 1902 von ihm gehört. Das ist sehr bequem: das Reich gibt 220 bis 280 Millionen her, und wir schaffen eine Arbeitslosenversicherung! Wissen Sie, was das Volk bei uns zu Hause sagt, Herr Molkenbuhr? „Die Arbeitslosenversicherung ist nur eine Prämie auf die Faulheit!“ Viel nötiger als eine solche Versicherung ist die richtigere Verteilung der Arbeiter auf Stadt und Land! Vor zwei Jahren hatten wir Mangel an Arbeitern, und jetzt haben wir Mangel an Arbeitslosigkeit. Das heißt, nur in der Stadt. Nicht auf dem Lande. Da hat seit Jahren der Mangel an Arbeitern das Herausbringen der Hackfrucht verhindert. Wenn die Landwirtschaft dauernd gesnügend entnahet wäre, so daß wir dauernd Meliorationsarbeiten beginnen könnten, dann würden wir schon der Meliorationsarbeiten halber auf dem Lande fortgesetzt genügende Kräfte haben. Unsrer zielbewußten Wirtschaftspolitik, unsrer Zollpolitik haben wir es zu danken, daß bei uns eine solche Arbeitslosigkeit gar nicht eintreten kann wie in andern Ländern.

Abg. Behrens (christl.-soz.) erklärt, die Arbeitslosenversicherung gehöre am besten in die Hände der Organisationen. Auch die Landwirtschaft werde damit rechnen müssen, daß ihre Arbeiter Organisationen bekommen. Sie werden dann auch zu einem Standesbewußtsein gelangen und werden alsdann viel lieber wieder auf das Land zurückkehren, wenn sie es einmal vorübergehend verlassen haben.

Abg. Gothein (frs. Vgg.) bemerkt, die Arbeitslosigkeit in England habe mit dem englischen Freihandelssystem nichts zu tun. Schuld daran sei, daß der Schiffbau in England jetzt völlig stocke. Die Junker sind an der Landflucht schuld, weil sie die kleinen Bauern entrechtet und getreckt haben. Eine Verstaatlichung des Kohlenbergbaues hätte keinen Zweck, denn die Verwaltung würde sicherlich die Konjunktur nicht überseben, wir würden nur zu einer Kohlenklappheit kommen. Die Politik unsrer Großbanken ist durchaus richtig. An den schlechten Verhältnissen sei unsre Schutzzollpolitik schuld. Unsre schlechte auswärtige Politik erschwere uns den Absatz im Ausland ganz bedeutend. Ganz werden wir der Arbeitslosigkeit nie Herr werden. Wir müssen diese traurige Erscheinung aber abschwächen. Natürlich wäre es verfehlt, unrentable Anlagen zu schaffen.

Abg. Sachse (soz.) meint, durch die sogenannten Wohlfahrtskassen wolle man nur die Arbeiter an die Werke fesseln. Das gelte besonders von der Firma Krupp in Essen. Ein Wucherjystem würde der Hilfe der Regierung durchgeführt, indem Tausende von Doppelzentnern Getreide nach dem Auslande gebracht werden, um die Ausfuhrprämien einzuheimsen. Im Inlande würden aber dadurch die Preise in die Höhe geschraubt. Redner bespricht die Sicherheitsverhältnisse in den Gruben im Ruhrrevier, die alles zu wünschen übrig ließen. Es sei sehr sonderbar, daß man jetzt schon wieder wisse, daß an dem Unglück auf der Zeche Radbod die Verwaltung nicht schuld sei. Der Redner bedauert die Gefahren, denen die Bergarbeiter ausgesetzt sind.

Das Haus vertagt sich.

Der Präsident beraumt die nächste Sitzung auf Donnerstag an. Tagesordnung: Finanzreform und Steuervorlagen.

Politische Rundschau.

Deutschland.

* Kaiser Wilhelm hat als Grundstock zu einer allgemeinen Hilfsaktion für die Hinterbliebenen der Opfer von der Zeche Radbod 25 000 Mk. gestiftet. Für den gleichen Zweck stiftete die Kaiserin 1000 Mk.

* Der Oberpräsident Frhr. v. Schorlemer-Lieser hat am 13. d. dem Papst zu dessen goldenem Priesterjubiläum die Glückwünsche Kaiser Wilhelms überbracht.

* Reichskanzler Fürst v. Bülow wird am 19. d. die Reichsfinanz-Vorlage im Reichstage persönlich einbringen.

* Von den Denkschriften zur Finanzreform sind die beiden umfangreichen Teile an den Reichstag gelangt. Der erste umfaßt die Denkschrift über die Finanzen im Deutschen Reiche, in den Einzelstaaten und Gemeinden, während der zweite Teil eine Übersicht der Finanzen der Hauptstaaten Frankreich, England, Italien, Japan, Österreich-Ungarn, Rußland und der Ver. Staaten von Amerika enthält.

* Das Zentrum und die Sozialdemokraten haben im Reichstag einen Antrag auf Schaffung eines Gesetzes eingebracht, das die Verantwortlichkeit des Reichskanzlers regelt.

* Die Übersicht über die Ergebnisse des Heeres-Ergänzungsgeschäfts für 1907 ist dem Reichstage zugegangen. Geführt wurden in den Listen 1 189 845 Mann, davon wurden 860 ausgeschlossen, 35 802 ausgemustert, dem Landsturm, der Ersatzreserve überwiesen 212 899, ausgehoben 223 035.

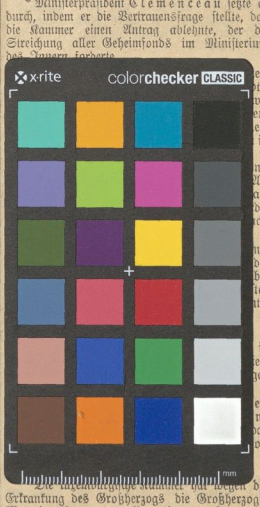
* In den letzten Wochen haben zwischen den zuständigen Reichs- und preußischen Behörden Beratungen stattgefunden über Maßregeln, die zur Linderung der Arbeitslosigkeit durchführbar wären, die sich aus der verminderten Arbeitsgelegenheit in einigen Industrien fühlbar gemacht hat. Die Beratungen, bei denen es sich um Ausführung von Arbeiten der Reichs- und preußischen Behörden und um Beteiligung an solchen Arbeiten handelte, sind jetzt zum Abschluß gelangt.

Österreich-Ungarn.

* Demungarischen Abgeordnetenhause legte Ackerbauminister Daranyi einen Gesetzentwurf vor, der die Maßregeln zur Verhinderung der Weinfälschung verschärft. Die Tokayer Weingegend wird als geschlossenes Gebiet erklärt, in die Wein nur zu örtlichem Gebrauch eingeführt werden darf, während von dort fremde Weine überhaupt nicht ausgeführt werden dürfen. Die Verwendung von Korinthen zur Verfäßung des Weines wird verboten. Die Strafbestimmungen beziehen sich auch auf gefälschten Wein, der vom Auslande eingeführt wird.

Frankreich.

* Ministerpräsident Clemenceau setzte es durch, indem er die Vertrauensfrage stellte, daß die Kammer einen Antrag ablehnte, der die Streichung aller Geheimfonds im Ministerium des Äußern forderte.



Erkrankung des Großherzogs die Großherzogin Maria Anna zur Regentin von Luxemburg ernannt. Tatsächlich hat die Großherzogin für den regierungsunfähigen Großherzog Wilhelm die Regentschaft bereits seit dem 2. April d. geführt, doch war diese staatsrechtlich bisher nur als vorübergehend betrachtet worden in der Hoffnung, daß der Großherzog wieder gesunden würde.

Rußland.

* Das Antwortschreiben des Zaren auf die Bekanntgabe von der Angliederung Bosniens und der Herzegowina ist in Wien von dem russischen Geschäftsträger dem Ministerium des Auswärtigen übergeben worden. Der Inhalt soll im wesentlichen demnächst bekannt gegeben werden.

Balkanstaaten.

* Die über das Verhalten der kleinen Balkanstaaten einlaufenden Nachrichten stehen in einem gewissen Widerspruch. Einerseits muß als feststehend betrachtet werden, daß sowohl die Türkei wie Serbien, Bulgarien und Montenegro rüsten, und daß eine starke Spannung zwischen der Türkei und diesen Kleinstaaten vorhanden ist, anderseits wollen die Gerüchte nicht verstummen, daß zwischen diesen Staaten ein Bündnis zustande gekommen sei, das sich gegenwärtig nur gegen Österreich-Ungarn richten könnte. Bei dieser Unsicherheit der Lage ist es nicht zu verwundern, wenn auch Österreich seine Streitkräfte mehr und mehr zusammenzieht.

Amerika.

* Der Kriegssekretär der Ver. Staaten, Wright, verlangt nach einer Meldung aus Washington in dem Voranschlag des Kriegsministeriums für 1909 500 000 Dollar zum Ankauf von Flugmaschinen, lenkbaren Ballons oder Drachenfliegern.

Asien.

* Der Kaiser von China ist im Alter von 36 Jahren gestorben. Der neue Kaiser ist Puyi, der Neffe des verstorbenen Kaisers. Die Regentschaft führt vorläufig der Prinz Tschun, ein Bruder des verstorbenen und der Vater des jetzigen Kaisers. Prinz Tschun war der Führer der von China entsandten Sühnemission. Auch die Kaiserin-Witwe soll im Sterben liegen.

* In Teheran, der Hauptstadt Persiens, wird die Stimmung der Bevölkerung immer erregter. Während die Schahpartei wiederholt erklärt hat, sie verzichte auf die Verfassung, verlangt das Volk stürmisch die Einberufung eines Parlaments. Unterstützt von seinen Truppen bietet der Schah aber der drohenden Menge Trotz. Man fürchtet für die nächste Zeit ernste Zusammenstöße, wenn nicht gar den Ausbruch des Bürgerkrieges.

Die Grubenkatastrophe in Westfalen.

Bei dem Grubenbrand, der auf der Radbod-Grube bei Hamm infolge einer Explosion ausgebrochen ist, sind nach den neuesten Feststellungen 360 Bergleute ums Leben gekommen. Fast vermag man es nicht zu glauben, daß bei der Vortrefflichkeit unserer Rettungsmannschaften und Geräte, die sogar vielen in der Grube von Courrieres Verunglückten Rettung gebracht haben, hier gar keine Rettung möglich war. Aber es ist leider so; denn der brennende Schacht ist zumauert worden, um das Feuer zu ersticken. Es läßt sich nicht überseben, wann an die Bergung der Leichen gedacht werden kann.

Vor der Grube aber stehen Männer und Frauen in herzzerreißendem Jammer. Sind die Männer stumpf und stumm, so weinen die Frauen, daß es weithinaus klingt über das Feld. Und wenn sie Platz machen müssen, um einen Wagen durchzulassen, so klingt es drohend: „Warum habt ihr unsre Männer eingeschlossen? Gebt uns unsre Männer heraus!“

Am Nachmittag des 13. traf Prinz Eitel Friedrich auf der Unglücksstelle ein, wo jede Absperrung aufgehoben war. Wahrscheinlich hatte sie dem Ansturm der Leute nicht standgehalten und nun stand am Eingang des sogenannten Kontrollmarkenhauses, in dem der Prinz empfangen worden war, eine tausendköpfige Schar. Die Fenster, das Dach des Automobils, der ganze Weg waren dicht mit Menschen besetzt. „Wir wollen Arbeiterschutz! Zeigt dem Prinzen die Strafzettel, damit er sieht, wie wir behandelt werden!“ Man hat die Strafzettel zerrissen und hängt Trauerfahnen heraus. Zeigt wenigstens, daß euch das Unglück reut! „Wir wollen Hilfe!“ So ertönten die Rufe durcheinander.

Die Rufe wurden immer lauter, und plötzlich hieß es, eine Deputation der Arbeiter wünsche den Prinzen zu sprechen. Der Prinz war sofort dazu bereits. Der Prinz trat ihnen entgegen, reichte jedem einzelnen die Hand und fragte sie nach ihren Namen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219081118-18/fragment/page=0005